

Sachsen-Monitor 2017

Ergebnisbericht

Bonn/Berlin, 16.10.2017

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	3
Ansprechpartner	5
1 Methodenbericht	6
1.1 Fragebogen und Feldzeit	6
1.2 Stichprobenziehung.....	6
1.3 Stichprobenkontrolle und -gewichtung.....	7
2 Ergebnisse.....	9
2.1 Leben in Sachsen	10
2.1.1 Zukunftserwartungen und Zukunftssorgen.....	10
2.1.2 Bewertung der wirtschaftlichen Lage.....	11
2.1.3 Bewertung der persönlichen Lebensumstände	12
2.1.4 Sachsen nach der Wiedervereinigung.....	13
2.2 Soziale Lage	16
2.2.1 Subjektive Schichtzugehörigkeit.....	16
2.2.2 Bewertung der sozialen Mobilität	17
2.3 Stabilität und Akzeptanz der Demokratie in Sachsen	19
2.3.1 Bewertung der Demokratie.....	19
2.3.2 Erfüllte und unerfüllte Erwartungen an die Demokratie	20
2.3.3 Vertrauen in die Institutionen der Demokratie.....	21
2.3.4 Einschätzung der Gerechtigkeit in Deutschland.....	22
2.3.5 Zufriedenheit mit dem Ministerpräsidenten und der Staatsregierung.....	24
2.4 Politisches Interesse und Partizipation	25
2.4.1 Interesse an Politik	25
2.4.2 Politische Partizipation	26
2.4.3 Gründe für politische Nichtbeteiligung	29
2.4.4 Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie	30
2.5 Ressentiments und demokratiegefährdende Einstellungen	31
2.5.1 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen	31
2.5.2 Demokratiegefährdende Einstellungen und Schutz der Demokratie	35
2.6 Verhältnis Bürger und Staat und Kontakte zu Ausländern.....	37
2.6.1 Umgang der Behörden mit den Bürgern.....	37
2.6.2 Kontakte zu Ausländern	38

2.7 Fazit	39
Quellen und Literatur	40

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 - Forschungsdesign.....	6
Abbildung 2 - Gewichtungübersicht	8
Abbildung 3 – Persönliche Zukunftserwartung (nach formalem Bildungsniveau).....	10
Abbildung 4 – Zukunftssorgen.....	11
Abbildung 5 – Bewertung der wirtschaftlichen Lage Sachsens/der persönlichen wirtschaftlichen Situation	11
Abbildung 6 – Zufriedenheit mit persönlichen Lebensumständen	13
Abbildung 7 – Wichtigstes Problem in Sachsen	13
Abbildung 8 – Sachsen im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen	14
Abbildung 9 – Aussagen zu Sachsen nach der Wiedervereinigung.....	15
Abbildung 10 – Bewertung der Wiedervereinigung (nach Alter).....	16
Abbildung 11 – Subjektive Schichtzugehörigkeit	17
Abbildung 12 – Bewertung der allgemeinen sozialen Aufstiegschancen (nach subjektiver Schichtzugehörigkeit)	17
Abbildung 13 – Bewertung der persönlichen sozialen Aufstiegschancen (nach formalem Bildungsniveau)	18
Abbildung 14 – Vergleich der sozialen Situation mit der der eigenen Eltern	18
Abbildung 15 – Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland	19
Abbildung 16 – Erfüllte und unerfüllte Erwartungen an die Demokratie	20
Abbildung 17 – Typisierung Demokratiezufriedenheit	21
Abbildung 18 – Vertrauen in Institutionen.....	22
Abbildung 19 – Einschätzung der Gerechtigkeit in Deutschland (nach formalem Bildungsniveau)	23
Abbildung 20 – „Gerechter Anteil“	23
Abbildung 21 – Zufriedenheit mit dem Ministerpräsidenten/der Staatsregierung	24
Abbildung 22 – Interesse an Politik (nach Alter)	25
Abbildung 23 – Gespräche über politische und gesellschaftliche Themen.....	26
Abbildung 24 – Aussagen über Politik und Politiker	27
Abbildung 25 – Möglichkeiten politischen Einflusses	28
Abbildung 26 – Gründe für Nichtbeteiligung I	29
Abbildung 27 – Gründe für Nichtbeteiligung II	30

Abbildung 28 – Wunsch nach Bürgerbeteiligung	31
Abbildung 29 – Aussagen zu direkter Demokratie	31
Abbildung 30 – Indikatoren gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.....	33
Abbildung 31 – Typisierung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.....	35
Abbildung 32 – Politische und demokratietheoretische Aussagen.....	36
Abbildung 33 – Wichtigkeit der Möglichkeiten, die demokratische Ordnung zu schützen (nach Alter)	37
Abbildung 34 – Einstellungen zu Behörden und persönliche Erfahrungen.....	38
Abbildung 35 – Kontakt zu Ausländern	39

Aus Gründen der besseren Verständlichkeit wird im Bericht i.d.R. verallgemeinernd die männliche Form verwendet. Diese Formulierungen umfassen gleichermaßen weibliche und männliche Personen.

Sämtliche grafisch dargestellten Ergebnisse in diesem Bericht werden in Prozent angegeben. Eventuell fehlende Werte zu 100 Prozent ergeben sich durch die Antwortmöglichkeiten „keine Angaben“ und „weiß nicht“ bzw. durch Rundungen.

Ansprechpartner

Reinhard Schlinkert | Dr. Susanne Klaus | Dr. Florens Mayer | Michael Mertes |

Konstantinstraße 42 | 53179 Bonn

0228 / 329 693 | bonn@dimap.de

1 Methodenbericht

Das Institut dimap führte im Freistaat Sachsen eine Befragung unter Personen ab 18 Jahren durch. Aus dieser Grundgesamtheit wurden nach dem Zufallsprinzip 1.006 Personen ausgewählt. Sie wurden mittels eines standardisierten Fragebogens im Rahmen von computergestützten persönlichen Interviews (Computer Assisted Personal Interview, CAPI) befragt.

Der folgende Methodenbericht gibt Auskunft über das gewählte Forschungsdesign der Befragung – den Fragebogen, die Feldzeit, die Ziehung der Stichprobe sowie die Datenkontrolle und -gewichtung. Vorab werden zur Orientierung die wichtigsten Rahmendaten der Erhebung tabellarisch dargestellt:

Grundgesamtheit	Bevölkerung in Sachsen ab 18 Jahren
Art der Befragung	Computergestützte persönliche Interviews
Stichprobengröße	n=1.006
Erhebungszeitraum	20.07. bis 24.08.2017
Stichprobendesign	Repräsentative Zufallsstichprobe
Auswahlverfahren	Random-Auswahlverfahren (ADM-Design)
Gewichtung	Nach Alter und Geschlecht

Abbildung 1 - Forschungsdesign

1.1 Fragebogen und Feldzeit

Für die Fragebogenkonzeption waren dimap, die Staatskanzlei Sachsen sowie der Beirat des **Sachsen-Monitors** zuständig. Die Finalisierung des Fragebogens erfolgte in enger Abstimmung zwischen allen Beteiligten. Zu diesem Zweck fanden zwei Fragebogenkonferenzen in Dresden statt.

Die Feldzeit begann am 20. Juli 2017 und endete am 24. August 2017. Es wurden insgesamt 45 geschulte Interviewer eingesetzt.

1.2 Stichprobenziehung

Die Auswahl der 1.006 Befragungspersonen erfolgte nach dem Random-Auswahlverfahren (ADM-Design), das zu einer mehrfach geschichteten, mehrstufigen Zufallsstichprobe führt. Sämtliche Gemeinden des Untersuchungsgebietes wurden nach regionalen Kriterien in Schichten eingeteilt. Als Schichtungsmerkmale dienten die (ehemaligen) Direktionsbezirke (im Folgenden „Bezirke“ genannt) sowie die BIK-Gemeindetypen.

Die Aufteilung der Auswahlseinheiten der ersten Auswahlstufe (Sample Points) erfolgte proportional zur Zahl der Haushalte in den Schichten (Zellen) und zwar so, dass auch die jeweiligen Randbesetzungen der Schichtungsmerkmale optimal die Haushaltsverteilungen der entsprechenden Randkategorien abbildeten. Die Größenzuordnung bezieht sich auf die Einwohnerzahl der betreffenden BIK-Region. Bei Gemeinden außerhalb dieser Regionen erfolgte die Zuordnung entsprechend der politischen Gemeindegrößenklasse.

Für die erste Auswahlstufe wurde die Bundesrepublik in rund 53.000 Flächen aufgeteilt, anhand der kommunalen, statistischen Bezirke und unter Zuhilfenahme eines geografischen Informationssystems

(GIS) zur Straßeneinteilung der BRD. Diese Flächen oder Sample Points bilden die Auswahlseinheiten der ersten Auswahlstufe.

Mit Wahrscheinlichkeiten proportional zur Zahl der Haushalte in den Sample Points wurde im ersten Schritt in jeder Zelle die erforderliche Anzahl Sample Points in Sachsen gezogen. Ein zusätzlicher Schichtungseffekt ergab sich dabei durch Sortierung der Auswahlseinheiten nach Kreisen, Gemeinden und ggf. nach Stadtbezirken innerhalb jeder Zelle.

In der zweiten Auswahlstufe wurden durch Zufallsauswahl die für die Stichprobe pro Sample Point benötigten Haushaltsadressen erhoben. Ausgehend von Startadressen in den Sample Points ermittelte der Interviewer in einem zweiten Schritt die Befragungsadresse durch Abzählen der Haushalte (jeder 3. Haushalt).

In diesen vorgegebenen Befragungshaushalten ermittelte der Interviewer in der dritten Auswahlstufe die zu befragende Zielperson. Dies geschah mit Hilfe eines systematischen Auswahlchlüssels, der allen zum Haushalt gehörenden Personen der Grundgesamtheit die gleiche Chance gewährleistet, in die Stichprobe zu gelangen, und die Zielperson eindeutig bestimmte. Jeder subjektive Einfluss der Interviewer auf die Auswahl der Befragungspersonen wurde damit ausgeschlossen.

Für die Befragung in Sachsen wurden 186 Sample Points ausgewählt, wobei durchschnittlich 5,4 Interviews pro Sample Point realisiert wurden, sodass sich eine breite regionale Streuung ergab.

1.3 Stichprobenkontrolle und -gewichtung

Während der Erhebungsphase fanden routinemäßig sowohl Durchführungs- als auch Qualitätskontrollen statt.

Die Durchführungskontrollen wurden entweder schriftlich oder telefonisch anhand eines Kontrollfragebogens oder persönlich vor Ort ausgeführt. Stichprobenartig wurden dabei die Existenz der Zielpersonenadressen und die Einhaltung der Auswahlvorschriften, wie z. B. die Begehungswege, überprüft.

Im Rahmen der Qualitätskontrollen wurden stichprobenartig die Interviewlänge, die zeitlichen Abstände zwischen den einzelnen Interviews, Interviewernotizen sowie die Einhaltung der Quotenvorgaben überprüft.

Standardgemäß wurden mindestens zehn Prozent der durchgeführten Interviews auf diese Weise kontrolliert.

Im Anschluss an die Erhebung fand die Überprüfung der Stichprobe anhand der demografischen Merkmale Alter und Geschlecht statt. Als Grundlage für den Vergleich dienten administrative Daten des Statistischen Landesamtes. Angelehnt an das Stichprobendesign der Befragung wurden hieraus die Strukturdaten der sächsischen Bevölkerung ab 18 Jahren gezogen und die Verteilung des Geschlechts und des Alters der Befragten ermittelt.

Um der Repräsentativität der Ergebnisse zu genügen, wurde eine Gewichtung der Ergebnisse entsprechend der Grundgesamtheit durchgeführt. Dabei wurden sämtliche Antworten von unterrepräsentierten Personengruppen stärker und die Antworten von überrepräsentierten Personengruppen schwächer gewertet (Abbildung 2).

Geschlecht/Alter	Ungewichtet	Gewichtet
Männer 18-29 Jahre	7,6	9,2
Männer 30-39 Jahre	4,6	7,2
Männer 40-49 Jahre	4,2	9,3
Männer 50-59 Jahre	7,6	8,6
Männer 60-64 Jahre	3,9	2,9
Männer 65 Jahre und älter	20,0	11,3
Frauen 18-29 Jahre	6,4	8,3
Frauen 30-39 Jahre	6,1	6,3
Frauen 40-49 Jahre	5,1	8,8
Frauen 50-59 Jahre	9,5	8,6
Frauen 60-64 Jahre	4,8	3,2
Frauen 65 Jahre und älter	19,2	16,4

Angaben in Prozent

Abbildung 2 - Gewichtungsübersicht

2 Ergebnisse

Das Erkenntnisinteresse des **Sachsen-Monitors** deckt ein breites Spektrum an Themenfeldern ab. Es richtet sich zunächst allgemein auf das Leben im Freistaat Sachsen und auf die Zukunftserwartungen der Sachsen. Sodann steht die subjektive Bewertung der Folgen der Wiedervereinigung im Fokus der Erhebung. Wie schätzen die Sachsen ihre eigene Situation im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen ein (Kapitel 2.1)?

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die soziale Lage in Sachsen. Hier zielt das Erkenntnisinteresse u.a. darauf ab, wie die Sachsen die soziale Durchlässigkeit der Gesellschaft bewerten (Kapitel 2.2).

Ferner stehen die Evaluierung der politischen Kultur in Sachsen und die Messung der Stabilität und Akzeptanz der Demokratie und der demokratischen Institutionen in Sachsen im Mittelpunkt der repräsentativen Erhebung (Kapitel 2.3). In diesem Zusammenhang befasst sich der Monitor auch mit dem politischen Interesse und der politischen Partizipation der Sachsen (Kapitel 2.4).

Ein weiteres Ziel des **Sachsen-Monitors** ist die Messung besonderer Gefährdungsmomente der Demokratie innerhalb der sächsischen Bevölkerung sowie die Messung von Ressentiments in Sachsen (Kapitel 2.5).

Das diesjährige Sonderthema umfasst die Einstellungen der Befragten zu Behörden und ihren Erfahrungen damit (Kapitel 2.6).

Der besondere Wert eines sich jährlich wiederholenden Monitors ergibt sich aus der Möglichkeit, die gewonnenen Erkenntnisse mit denen des Vorjahres zu vergleichen und zu beobachten, ob sich Einstellungen und Meinungen der sächsischen Bevölkerung verändert haben oder gleich geblieben sind. Deshalb wird in diesem Ergebnisbericht – sowohl in den Grafiken als auch im Text – auf die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr hingewiesen.

Die methodische Belastbarkeit eines Vergleichs nimmt jedoch mit geringer werdender Stichprobengröße ab. Die gesamte Stichprobe umfasst 1.006 Personen. Das bedeutet, die Fehlertoleranz beträgt +/- 0,9 bis +/- 3,1 Prozent. Ein anderes Beispiel: Die Teilstichprobe der Berufsgruppe der Arbeiter besteht aus 105 Befragten. Das bedeutet, die Fehlertoleranz beträgt +/- 7,0 bis +/- 9,8 Prozent.

2.1 Leben in Sachsen

2.1.1 Zukunftserwartungen und Zukunftssorgen

Gut drei Viertel der sächsischen Bevölkerung (76 Prozent) blicken optimistisch in ihre Zukunft. Während es bei den Ergebnissen hinsichtlich des Alters und des Geschlechts der Befragten so gut wie keine Unterschiede gibt, spielt das formale Bildungsniveau deutlich in die Beurteilung der persönlichen Zukunftserwartung hinein. 66 Prozent der Befragten mit einem Hauptschulabschluss sehen optimistisch in die Zukunft, bei den Befragten mit Hochschulabschluss sind es 83 Prozent (Abbildung 3).

Wenn Sie in die Zukunft blicken: Sehen Sie Ihrer persönlichen Zukunft eher optimistisch oder pessimistisch entgegen?

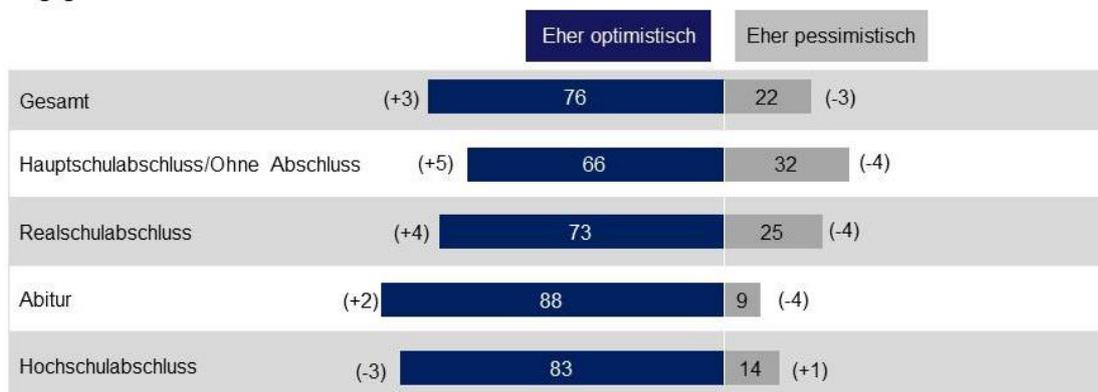


Abbildung 3 – Persönliche Zukunftserwartung (nach formalem Bildungsniveau)

Wie zur Einschätzung der persönlichen Zukunft wurde auch nach der Zukunft Sachsens gefragt. 71 Prozent der Befragten sehen Sachsens Zukunft optimistisch, was den Wert von 65 Prozent der letztjährigen Befragung noch übertrifft. Wie im vergangenen Jahr betrachten die 18- bis 29-Jährigen ihre Zukunftsaussichten pessimistischer als die übrigen Altersgruppen. 62 Prozent blicken der Zukunft Sachsens positiv entgegen, 33 Prozent sind eher pessimistisch. Bei Menschen ab 70 Jahren liegt eine optimistische Bewertung bei 78 Prozent, pessimistisch sind 20 Prozent.

Schließlich wurde das Thema Zukunftserwartungen um den Aspekt der Zukunftssorgen der Sachsen ergänzt. Die Liste der Sorgen wird wie bereits im Vorjahr angeführt von der Sorge, dass die Gegensätze zwischen Arm und Reich zunehmen (83 Prozent). Auf den Plätzen zwei und drei folgen die Befürchtungen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt verloren geht (71 Prozent) und, dass es den kommenden Generationen in Deutschland schlechter gehen wird als uns heute (61 Prozent). Auf dem letzten Platz der Liste der Zukunftssorgen steht mit 23 Prozent die Angst, Opfer eines Terroranschlags zu werden (Abbildung 4).

Nun lese ich Ihnen einige mögliche negative Aussagen über die Zukunft vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie sich deswegen sehr große, eher große, eher geringe oder keine Sorgen machen? Machen Sie sich Sorgen,...

		Sehr große / Eher große Sorgen	Eher geringe / Keine Sorgen	
...dass die Gegensätze zwischen Arm und Reich zunehmen	(-1)	83	17	(+1)
...dass der gesellschaftliche Zusammenhalt verloren geht	(-1)	71	28	(+2)
...dass es den kommenden Generationen in Deutschland schlechter gehen wird als uns heute	(-4)	61	37	(+4)
...dass Ihre Rente nicht zum Leben ausreicht	(+5)	54	45	(-5)
...dass die deutsche Kultur und Eigenart verloren geht	(-3)	48	50	(+2)
...dass es Ihnen persönlich insgesamt eher schlechter gehen wird	(+1)	37	62	(-1)
...dass Sie Ihren Arbeitsplatz verlieren (Nur Berufstätige)	(+1)	27	72	(+/-0)
...dass Sie Opfer eines Terroranschlages werden	(-4)	23	76	(+4)

Abbildung 4 – Zukunftssorgen

2.1.2 Bewertung der wirtschaftlichen Lage

Die wirtschaftliche Lage Sachsens wird ebenso positiv gesehen wie auch die persönliche wirtschaftliche Lage. 78 Prozent der Befragten bewerten die wirtschaftliche Lage Sachsens als sehr gut oder eher gut, nur 18 Prozent sehen sie als eher schlecht oder sehr schlecht an. Die eigene wirtschaftliche Lage wird von 77 Prozent der Befragten als sehr gut oder eher gut eingeschätzt, 22 Prozent sehen sie als eher schlecht oder sehr schlecht an.

Mit 66 Prozent sind die 18- bis 29-Jährigen zurückhaltender als die Befragten, die 70 Jahre und älter sind, deren positive Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen bei 82 Prozent liegt.

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Sachsen? Ist sie Ihrer Meinung nach sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht?
 Wenn Sie jetzt an Ihre eigene wirtschaftliche Situation denken, ist Ihre persönliche wirtschaftliche Situation sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht?

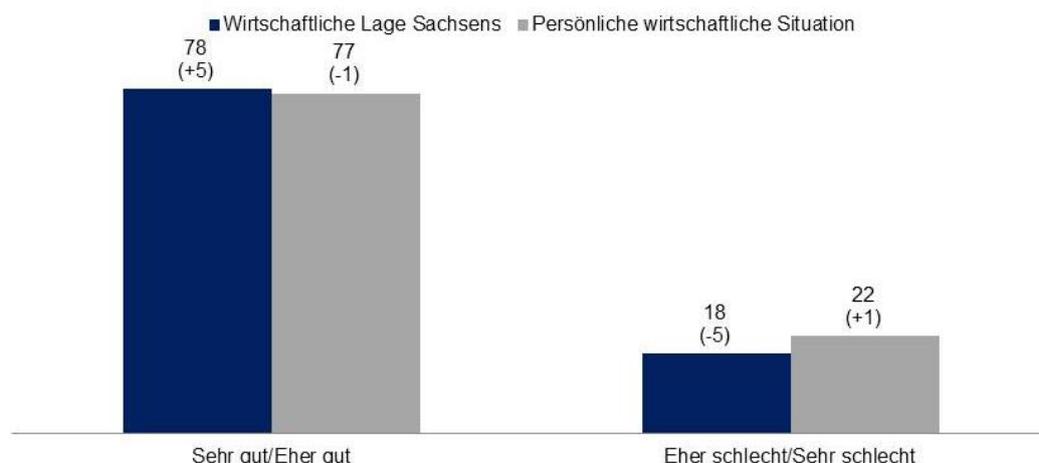


Abbildung 5 – Bewertung der wirtschaftlichen Lage Sachsens/der persönlichen wirtschaftlichen Situation

Aktuelle Ergebnisse vergleichbarer bundesweiter Erhebungen helfen, die Ergebnisse des **Sachsen-Monitors** einzuordnen: Bundesweit bewerteten im September 2017 78 Prozent der Befragten ihre

eigene wirtschaftliche Situation mit sehr gut oder gut.¹ Im Mai 2017 bewerteten 81 Prozent der Deutschen die wirtschaftliche Lage in Deutschland mit sehr gut oder gut.²

Die Ergebnisse des **Sachsen-Monitors** belegen einen starken Zusammenhang zwischen der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage und der Einschätzung der eigenen Zukunftsperspektive. Diejenigen, die ihre eigene Zukunft optimistisch bewerten, stufen ihre Wirtschaftslage deutlich besser ein – 86 Prozent bewerten sie mit sehr gut oder eher gut – als Personen, die ihre Zukunft pessimistisch sehen. 45 Prozent von ihnen bewerteten ihre wirtschaftliche Lage mit sehr gut oder eher gut.

2.1.3 Bewertung der persönlichen Lebensumstände

Um die Zufriedenheit der Sachsen mit ihren persönlichen Lebensumstände zu evaluieren, wurden den Befragten verschiedene Aspekte persönlicher Lebensumstände vorgelesen. Sie konnten den Grad ihrer Zufriedenheit jeweils auf einer vierstufigen Skala – sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden, sehr unzufrieden – angeben. Alles in allem sind die Sachsen mit den einzelnen Aspekten ihrer persönlichen Lebensumstände sehr zufrieden. Auf Platz eins der Zufriedenheitsliste steht – wie bereits im Sachsen-Moinitor 2016 – die Zufriedenheit mit der persönlichen Wohnsituation. 91 Prozent sind mit dieser sehr zufrieden oder eher zufrieden. Es folgen – sofern die Befragten berufstätig sind – die Beschäftigungssituation und das Ausmaß an Freizeit mit 83 bzw. 82 Prozent Zufriedenheit. Die Schlusslichter des Rankings bilden – wie bereits im Sachsen-Moinitor 2016 – die Aspekte soziale Absicherung (68 Prozent), finanzielle Situation (67 Prozent) sowie Höhe der Lebenshaltungskosten mit 55 Prozent Zufriedenheit (Abbildung 6).

Wie zufrieden sind Sie mit Ihren persönlichen Lebensumständen? Ich lese Ihnen nun einige Aspekte vor und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie persönlich damit sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden sind. Wie ist das mit...?

		Sehr / Eher zufrieden	Eher / Sehr unzufrieden	
...Ihrer Wohnsituation	(+1)	91	9	(-1)
...Ihrer Beschäftigungssituation (Nur Berufstätige)	(+4)	83	16	(-3)
...dem Ausmaß Ihrer Freizeit	(+/-0)	82	18	(+0)
...Ihrer haus- und fachärztlichen Versorgung	(-1)	77	22	(+/-0)
...Ihrer Gesundheit	(-2)	73	27	(+3)
...der Sauberkeit von Plätzen und Straßen in Ihrer Umgebung	(-1)	72	27	(-1)
...der Sicherheit auf Plätzen und Straßen in Ihrer Umgebung	(-1)	72	28	(+1)
...Ihrer sozialen Absicherung	(-1)	68	30	(+/-0)
...Ihrer finanziellen Situation	(-2)	67	33	(+3)
...der Höhe Ihrer Lebenshaltungskosten	(-4)	55	45	(+5)

¹ Infratest dimap (2017) im Auftrag der ARD: DeutschlandTREND September 2017. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Erhebungszeitraum: 4.-5.9.2017. Fallzahl: 1.003 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews, Dualframe (Festnetz/Mobilfunk: 70:30).

² Infratest dimap (2017) im Auftrag der ARD: DeutschlandTREND Mai 2017. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Erhebungszeitraum: 8.-10.5.2017. Fallzahl: 1.000 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews, Dualframe (Festnetz/Mobilfunk: 70:30).

Abbildung 6 – Zufriedenheit mit persönlichen Lebensumständen

Bei den Fragen des **Sachsen-Monitors** handelt es sich mit Ausnahme einer Frage um geschlossene Fragen, bei denen den Befragten Antwortmöglichkeiten zur Auswahl vorgegeben werden. Die Frage nach dem gegenwärtig wichtigsten Problem in Sachsen wurde hingegen als offene Frage formuliert. Die unterschiedlichen Antworten der Befragten wurden nach der Erhebung ausgewertet und in Themengruppen zusammengefasst. Die drei meistgenannten Themengruppen lauten wie folgt: 17 Prozent der Antworten konnten unter dem Themenkomplex „Asylpolitik/zu viele Ausländer/Überfremdung“ zusammengefasst werden, 14 Prozent unter „Arbeitslosigkeit/Wirtschaftsförderung“ und 13 Prozent unter „Bildung/Lehrermangel“. Der Themenkomplex „Sorge vor steigendem Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit“, den 2016 11 Prozent aller Nennungen betrafen, taucht 2017 mit sechs Prozent nicht mehr in den Top-Drei der wichtigsten Probleme auf. Hingegen nannten 10 Prozent der Befragten den Themenkomplex „Armut, Billiglöhne, Altersarmut“. Dieser Wert ist gegenüber 2016 um fünf Prozentpunkte gestiegen (Abbildung 7).

Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste Problem in Sachsen?

Dargestellt: Nennungen \geq 5 Prozent

Mehrfachnennungen möglich

Asylpolitik / zu viele Ausländer / Überfremdung	17 (-2)
Arbeitslosigkeit / Wirtschaftsförderung	14 (+/-0)
Bildung / Lehrermangel	13 (+3)
Sicherheit / Kriminalität	11 (+2)
Armut / Billiglöhne / Altersarmut	10 (+5)
Soziale Gerechtigkeit / Soziale Sicherheit	7 (+1)
Jugendarbeitslosigkeit	6 (-1)
Sorge um steigenden Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit	6 (-5)
Infrastruktur	6 (+4)
Integration der Ausländer	5 (+/-0)

Abbildung 7 – Wichtigstes Problem in Sachsen

2.1.4 Sachsen nach der Wiedervereinigung

Gut ein Vierteljahrhundert nach der friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung steht die Bewertung der Lebenssituation in Sachsen sowie der Vergleich mit anderen Regionen und Bevölkerungsgruppen im Zentrum des Erkenntnisinteresses des **Sachsen-Monitors**.

Insgesamt schätzen die Sachsen ihre Lebenssituation im Vergleich mit anderen Bevölkerungsgruppen gemischt ein (Abbildung 8). Mit Blick auf die Bewohner der westdeutschen Bundesländer beurteilen 9 Prozent die Lage als viel oder etwas besser, 31 Prozent als genauso gut. Eher positiv fällt auch der Vergleich mit Bewohnern westeuropäischer Staaten aus, hier sehen 21 Prozent der Befragten die Lage als viel oder etwas besser an und 48 Prozent bewerten sie als gleich. Die entsprechenden Werte lagen 2016 bei 28 beziehungsweise 43 Prozent. Deutlich besser (mit nahezu dem gleichen Wert wie im Vorjahr) wird die Lage gegenüber den Osteuropäern gesehen, 79 Prozent sehen diese nach wie

vor als viel oder etwas besser an. In kleineren Städte und Gemeinden werten die Befragten dies nach wie vor positiver als in den größeren Städten. Die Beurteilung der Lage Sachsens im Vergleich zu den Bewohnern der übrigen ostdeutschen Bundesländer zeigt, dass mit 49 Prozent die Hälfte der Befragten diese als viel oder etwas besser beurteilen. Damit hat sich die Sichtweise im Vergleich zu 2016 nicht verändert. Im Vergleich zu den in Deutschland lebenden Ausländern bewertet über die Hälfte der Befragten (59 Prozent; 2016: 56 Prozent) die eigene Lage als viel oder etwas besser. Bei diesen Vergleichen ist das formale Bildungsniveau bedingt von Bedeutung. Bezogen auf Westdeutsche und Westeuropäer ist die Differenz zwischen den Bildungsgruppen eher klein. Die Befragten mit Hauptschulabschluss beurteilen ihre Lage bezüglich der Westdeutschen zu 7 bzw. der Westeuropäer zu 15 Prozent als besser, bei den Hochschulabsolventen sind es 9 bzw. 25 Prozent. Der Vergleich mit Ostdeutschen, Osteuropäern und in Deutschland lebenden Ausländern zeigt ein größeres Auseinanderklaffen der Beurteilungen, die Befragten mit Hauptschulabschluss sehen sich zu 40, 73 bzw. 53 Prozent als besser gestellt, diejenigen mit Hochschulabschluss zu 62, 89 bzw. 72 Prozent.

Mal alles zusammengenommen: Was meinen Sie, wie stehen die Sachsen im Vergleich zu anderen da? Wie ist das mit den Sachsen im Vergleich zu...

		Viel / Etwas besser	Etwas / Viel schlechter	Genauso gut / schlecht
Osteuropäern	(+1)	79	5 (-2)	13 (+1)
Zu den hier lebenden Ausländern	(+3)	59	12 (-2)	20 (-3)
Bewohnern der anderen ostdeutschen Bundesländer	(+/-0)	49	4 (-3)	43 (+1)
Westeuropäern		21 (-7)	25 (+2)	48 (+5)
Bewohnern der westdeutschen Bundesländer	(+/-0)	9	58 (+2)	31 (-2)

Abbildung 8 – Sachsen im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen

In den Augen der Befragten hat Sachsen seit 1990 viel erreicht. Eine deutliche Mehrheit von 87 Prozent ist der Meinung, auf das, was in Sachsen seit 1990 erreicht wurde, könne man stolz sein (Abbildung 9).

Breiten Konsens zeigen die Sachsen in der Ansicht, dass ihr Bundesland den Vergleich mit westdeutschen Bundesländern nicht scheuen muss (79 Prozent) und dass sie im Vergleich zu anderen ostdeutschen Bundesländern wirtschaftlich besser dastehen (70 Prozent). Der Blick hin zu den ostdeutschen Ländern zeigt, wie auch schon die Beurteilung der persönlichen Lage, dass die 18- bis 29-Jährigen dies insgesamt weniger positiv sehen (66 Prozent) als die Menschen über 70 Jahre (73 Prozent). Ebenso spielt bei dieser Frage das formale Bildungsniveau eine Rolle. Die Befragten mit Hauptschulabschluss sehen die wirtschaftliche Lage Sachsens gegenüber den übrigen ostdeutschen Bundesländern zu 63 Prozent als besser an, bei den Befragten mit Hochschulabschluss sind es 86 Prozent.

Der Aussage, Ostdeutsche seien in Deutschland Bürger zweiter Klasse stimmen 44 Prozent der Befragten zu. Dass die Leistungen der Ostdeutschen für den Aufbau der neuen Bundesländer zu wenig gewürdigt werden, meinen 61 Prozent der Befragten. Bei der Gruppe der älteren Menschen (ab 70 Jahre) ist diese Sichtweise mit 65 Prozent sehr viel stärker vertreten als bei den jungen Menschen (18- bis 29-Jährige) mit 41 Prozent. Entsprechend sind 58 Prozent der Befragten der Meinung, es sollte lieber mehr Geld für die deutsche Einheit als für die Integration von Ausländern ausgegeben

werden. Die Befragten mit Hauptschulabschluss stimmen dem zu 71 Prozent zu, unter den Hochschulabsolventen liegt die Zustimmung bei 39 Prozent.

Ich lese Ihnen nun einige Aussagen zu Sachsen vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie der Aussage voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.



Abbildung 9 – Aussagen zu Sachsen nach der Wiedervereinigung

Die Bewertung der Wiedervereinigung entspricht der im Vorjahr. 63 Prozent (+2 Prozentpunkte) der Befragten sehen überwiegend Vorteile in der Wiedervereinigung. Regional betrachtet liegt die Zustimmung im Bezirk Leipzig bei 74 Prozent, im Bezirk Chemnitz bei 59 Prozent und im Bezirk Dresden bei 60 Prozent. Damit liegt der Bezirk Leipzig weiterhin mit deutlichem Abstand vor den beiden anderen. Deutliche Unterschiede zeigen sich auch nach Ortsgrößen. Während in den drei Großstädten (Chemnitz, Dresden, Leipzig) für 69 Prozent der Befragten (+9 Prozentpunkte) die Vorteile überwiegen, ist dies in den Mittelstädten (20.000 bis 100.000 Einwohner) nur für 55 Prozent (-4 Prozentpunkte) der Befragten der Fall. In den Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern liegt der entsprechende Wert mit 63 Prozent im Landesschnitt.

Die Einschätzung der persönlichen Vorteile durch die Wiedervereinigung ist im Vergleich zum Vorjahr (64 Prozent) praktisch unverändert (63 Prozent). Damit liegt die Bewertung der persönlichen Lage gleichauf mit der Bewertung der allgemeinen Lage. Der Bezirk Leipzig hält zwar weiterhin die „Spitzenposition“, der Abstand zu den beiden anderen Bezirken ist allerdings geringer geworden. Die persönlichen Vorteile werden von der höchsten Altersgruppe überdurchschnittlich positiv bewertet (über 70-Jährige: 70 Prozent). (Abbildung 10).

Und für Sie persönlich: Überwiegen da eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Wiedervereinigung?

		Vorteile überwiegen	Nachteile überwiegen	Hält sich die Waage
Gesamt	(-1)	63	15 (-2)	18 (+3)
18 bis 29 Jahre	(+8)	64	13 (-13)	13 (+3)
30 bis 44 Jahre	(-1)	62	17 (+1)	15 (+/-0)
45 bis 59 Jahre	(-8)	59	21 (+6)	19 (+2)
60 bis 69 Jahre	(+2)	64	12 (-8)	23 (+6)
70 Jahre und älter	(-3)	70	9 (-3)	20 (+6)

Abbildung 10 – Bewertung der Wiedervereinigung (nach Alter)

Obwohl die positive Bewertung der Wiedervereinigung nahezu gleichbleibend hoch ist (2016: 61 Prozent, 2017; 63 Prozent), ist doch die Auffassung, nach der Wiedervereinigung sei vielfach neues Unrecht geschaffen worden, erheblich stärker verbreitet (58 Prozent) als noch 2016 (47 Prozent). Diese Sichtweise ist bei den älteren Befragten mit 63 Prozent (70 Jahre und älter) deutlicher ausgeprägt als bei den jungen Befragten mit 36 Prozent (18- bis 29-Jährige).

2.2 Soziale Lage

2.2.1 Subjektive Schichtzugehörigkeit

In Ergänzung zu gesammelten Erkenntnissen über das verfügbare Haushaltseinkommen oder den Beschäftigungsstatus der Befragten, die gängige Indikatoren für die Schichtzugehörigkeit einer Person sind, wurden die Befragten gebeten, eine Selbsteinschätzung ihrer Schichtzugehörigkeit vorzunehmen. Diese Selbsteinschätzung stellt gegenüber den abgefragten Indikatoren einen erheblichen Erkenntnisgewinn dar, da nur auf diese Weise in Erfahrung gebracht werden kann, wie die verschiedenen Bevölkerungsgruppen ihre soziale Situation im Vergleich zu anderen wahrnehmen.

Elf Prozent (+3 Prozentpunkte im Vergleich zu 2016) der sächsischen Befragten zählen sich selbst zur Unterschicht, 36 Prozent (+3 Prozentpunkte) zur unteren Mittelschicht, 45 Prozent (-3 Prozentpunkte) zur mittleren Mittelschicht und sechs Prozent (-4 Prozentpunkte) zur oberen Mittelschicht. Zur Oberschicht zählen sich weniger als ein Prozent (+/- 0 Prozentpunkte) der Befragten (Abbildung 11).

Es wird heutzutage viel darüber gesprochen, dass es in Deutschland verschiedene Bevölkerungsschichten gibt – die Unterschicht, die untere Mittelschicht, die mittlere Mittelschicht, die obere Mittelschicht, die Oberschicht. Was würden Sie sagen, welcher dieser Schichten rechnen Sie sich selbst eher zu?

Oberschicht	0 (+/-0)
Obere Mittelschicht	6 (-4)
Mittlere Mittelschicht	45 (-3)
Untere Mittelschicht	36 (+3)
Unterschicht	11 (+3)

Abbildung 11 – Subjektive Schichtzugehörigkeit

Während sich Angestellte (56 Prozent) mehrheitlich der mittleren Mittelschicht und der oberen Mittelschicht zuordnen, ordnen sich Arbeiter (60 Prozent) mehrheitlich der Unterschicht und der unteren Mittelschicht zu. Befragte mit Hauptschulabschluss und Befragte mit Realschulabschluss ordnen sich mehrheitlich der Unterschicht und der unteren Mittelschicht zu. Befragte mit Abitur und Befragte mit Hochschulabschluss ordnen sich mehrheitlich der mittleren Mittelschicht und der oberen Mittelschicht zu.

2.2.2 Bewertung der sozialen Mobilität

Die soziale Durchlässigkeit – also die Chancen auf einen sozialen Aufstieg in Deutschland – werden im Vergleich zum Vorjahr etwas schlechter bewertet. Während 2016 noch gut jeder Zweite (52 Prozent) der Auffassung war, die Chancen von einer niedrigeren Bevölkerungsschicht in eine höhere Bevölkerungsschicht aufzusteigen, seien sehr gut oder eher gut, sind 2017 47 Prozent dieser Meinung.

Die Ergebnisse dieser Frage geben Aufschluss darüber, welche Personengruppen die soziale Durchlässigkeit in Deutschland kritisch betrachten. Es sind vor allem Personen, die ihre eigene Zukunft eher pessimistisch sehen. Von ihnen bewerten 72 Prozent die sozialen Aufstiegschancen als sehr schlecht oder eher schlecht. Zudem bewerten überdurchschnittlich viele Personen, die der Meinung sind, in Deutschland gehe es ungerecht zu (72 Prozent), die Aufstiegschancen als eher schlecht bzw. sehr schlecht. Wie im Vorjahr fällt auf, dass Personen, die sich selbst einer höheren sozialen Schicht zuordnen, die Aufstiegschancen deutlich besser bewerten als Personen, die sich selbst als Angehörige einer niedrigeren sozialen Schicht betrachten. Über nahezu alle subjektiv wahrgenommenen Schichten hinweg werden die Aufstiegschancen schlechter gesehen als noch 2016 (Abbildung 12).

Wie gut sind Ihrer Meinung nach heutzutage die Chancen in Deutschland sozial aufzusteigen – also von einer niedrigeren Bevölkerungsschicht in eine höhere Bevölkerungsschicht aufzusteigen? Würden Sie sagen...?

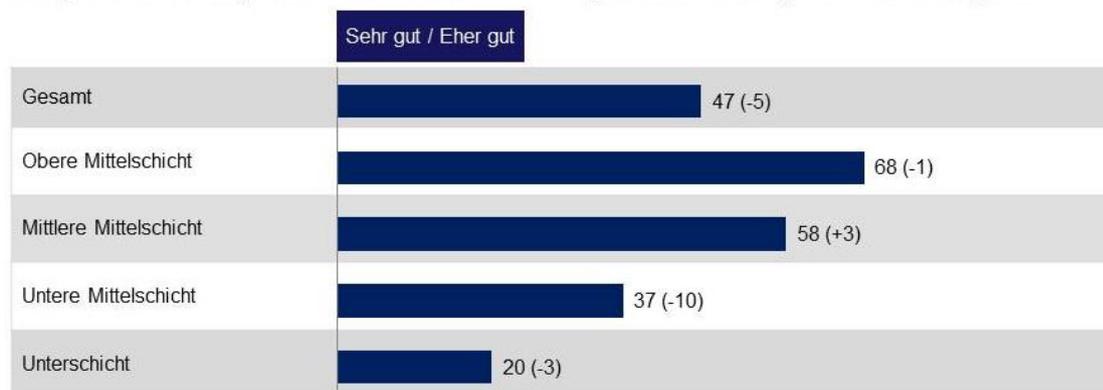


Abbildung 12 – Bewertung der allgemeinen sozialen Aufstiegschancen (nach subjektiver Schichtzugehörigkeit)

Gleiches gilt mit Blick auf die eigenen sozialen Aufstiegschancen. 2016 waren 45 Prozent der Befragten der Meinung, ihre persönlichen Chancen, sozial aufzusteigen, seien gut bzw. sehr gut. 2017 sind 40 Prozent dieser Meinung. Erneut fällt auf, dass kaum ein Befragter, der sich selbst der Unterschicht zuordnet, davon ausgeht, gute soziale Aufstiegschancen zu haben. 84 Prozent dieser Personengruppe schätzen ihre Chancen sehr schlecht oder eher schlechter ein. 2016 waren es 81 Prozent.

Mit Blick auf das Bildungsniveau gilt: Je höher das formale Bildungsniveau der Befragten, desto besser schätzen die Befragten ihre eigenen Aufstiegschancen ein (Abbildung 13).

Und wie ist das mit Ihnen persönlich? Wie schätzen Sie Ihre persönlichen Chancen ein, sozial aufzusteigen? Würden Sie sagen...?

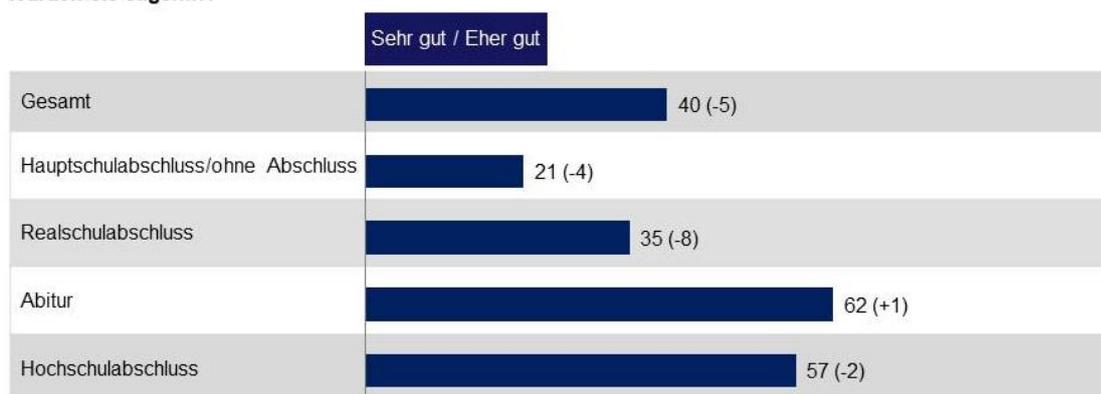


Abbildung 13 – Bewertung der persönlichen sozialen Aufstiegschancen (nach formalem Bildungsniveau)

Knapp zwei Drittel (64 Prozent) der Befragten mit Kindern unter 18 Jahren schätzen die sozialen Aufstiegschancen ihrer Kinder als sehr gut bzw. gut ein. 2016 waren 74 Prozent der Eltern dieser Meinung. Die Gefahr, dass ihre Kinder einmal sozial absteigen könnten, schätzen 2017 ebenfalls mehr Eltern als hoch ein (27 Prozent) als noch 2016 (17 Prozent). Eltern, die sich selbst in der unteren Mittelschicht (61 Prozent) einordnen, schätzen die Chancen ihrer Kinder, einmal sozial aufzusteigen, weniger häufig positiv ein als Eltern, die sich selbst der mittleren Mittelschicht (73 Prozent) zuordnen.

Die Angst vor einem sozialen Abstieg ist im Freistaat nach wie vor nur gering ausgeprägt. Jeder Fünfte (2017: 22 Prozent; 2016: 20 Prozent) schätzt die Gefahr, sozial abzustiegen, sehr hoch bzw. eher hoch ein. Dabei zeigt die Befragung: Je höher die soziale Selbsteinschätzung ausfällt, desto geringer ist die Sorge um einen sozialen Abstieg.

Einen Indikator für die soziale Mobilität in Sachsen liefert der Vergleich mit den eigenen Eltern. Die Befragten wurden gebeten, ihre heutige Situation mit der Situation ihrer Eltern zu vergleichen. 45 Prozent (-2 Prozentpunkte) der Befragten gaben daraufhin an, ihre Situation sei im Vergleich zu der seiner Eltern im Großen und Ganzen gleich geblieben. 43 Prozent (+3 Prozentpunkte) gaben an, sie seien im Vergleich zu ihren Eltern sozial aufgestiegen und zehn Prozent (-1 Prozentpunkt) sagten, sie seien sozial abgestiegen (Abbildung 14).

Und wenn Sie Ihre heutige Situation einmal mit der Situation Ihrer Eltern vergleichen, sind Sie dann eher sozial aufgestiegen, sozial abgestiegen oder ist Ihre eigene soziale Situation im Großen und Ganzen gleich geblieben?

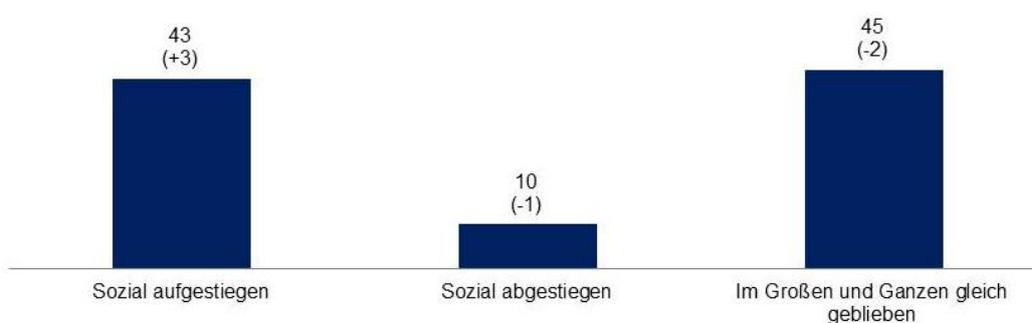


Abbildung 14 – Vergleich der sozialen Situation mit der der eigenen Eltern

2.3 Stabilität und Akzeptanz der Demokratie in Sachsen

2.3.1 Bewertung der Demokratie

Die Stabilität eines demokratischen Regierungssystems ist nicht allein von seinem inneren Gefüge, insbesondere seiner Verfassung abhängig, sondern auch von der politischen Kultur im Land – also u.a. davon, wie die Bürgerinnen und Bürger die Demokratie als Staats- und Regierungsform bewerten. Aus diesem Grund lohnt es sich, die demokratischen Überzeugungen der Bevölkerung regelmäßig zu messen. Ein mittlerweile etabliertes Messinstrument dafür ist die Bewertung der Demokratie als Staats- und Regierungsform im Allgemeinen sowie die Bewertung, wie die Demokratie im eigenen Land in der Praxis funktioniert.

Im diesjährigen **Sachsen-Monitor** fand dieses Instrument zur Messung der Stabilität der Demokratie erneut Anwendung. Die grundsätzliche Bewertung der Demokratie als Regierungsform fiel dabei besser aus als noch 2016. 92 Prozent (+9 Prozentpunkte) der Sachsen halten die Demokratie für eine gute Regierungsform. Damit, wie die Demokratie in Deutschland in der Praxis funktioniert, sind 2017 ebenfalls mehr Sachsen zufrieden als noch 2016. 60 Prozent (+9 Prozentpunkte) sind sehr zufrieden oder eher zufrieden. Damit, wie die Demokratie in Sachsen in der Praxis funktioniert, sind 63 Prozent (+7 Prozentpunkte) sehr zufrieden oder eher zufrieden (Abbildung 15).

Nach einer bundesweiten repräsentativen Befragung aus dem Jahr 2016 sind 61 Prozent der Deutschen – 64 Prozent in Westdeutschland und 49 Prozent in Ostdeutschland – mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert, sehr zufrieden oder zufrieden (Abbildung 15).³

Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland in der Praxis funktioniert, alles in allem sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?

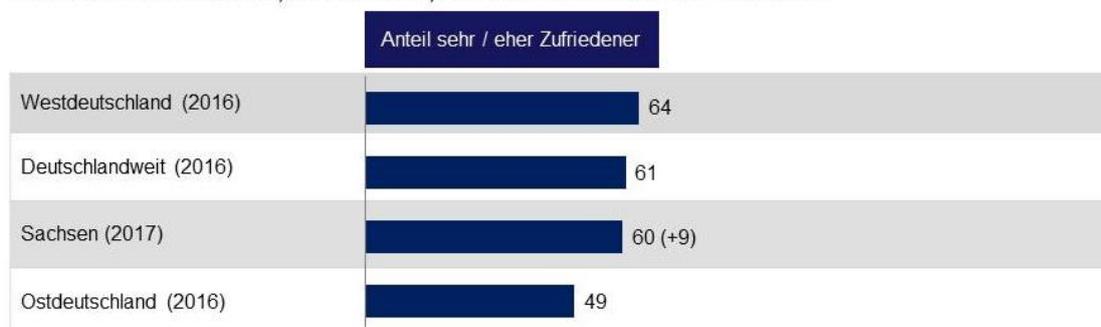


Abbildung 15 – Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland

Von den Befragten, die ihre persönliche Zukunft pessimistisch sehen, sind 35 Prozent damit zufrieden, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert. Von den Befragten, die ihre persönliche Zukunft optimistisch sehen, sind 68 Prozent damit zufrieden. Von den Befragten, die meinen, in Deutschland gehe es ungerecht zu, sind 35 Prozent damit zufrieden, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert. Von den Befragten, die meinen, in Deutschland gehe es gerecht zu, sind 84 Prozent damit zufrieden.

³ Infratest dimap (2016) im Auftrag des WDR: Glaubwürdigkeit der Medien. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Erhebungszeitraum: 14.-17.12.2016. Fallzahl: 1.000 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews, Dualframe (Festnetz/Mobilfunk: 70:30).

2.3.2 Erfüllte und unerfüllte Erwartungen an die Demokratie

Um die Frage zu beantworten, warum manche Menschen mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufriedener sind als andere, wurden zunächst die Erwartungen der Sachsen an die Demokratie erfragt, um anschließend zu überprüfen, ob die einzelnen Aspekte in den Augen der Sachsen in Deutschland umgesetzt werden.

Sämtliche vorgeschlagenen Aspekte sind nach Auffassung der Befragten wichtig für eine Demokratie. Allerdings werden diese nach Meinung der Befragten in Deutschland nur teilweise umgesetzt. 87 Prozent der Befragten sehen das Kriterium „freie und faire Wahlen“ voll bzw. eher umgesetzt. Auch die Kriterien „eine Opposition, die frei ist, die Regierung zu kritisieren“ (75 Prozent) und „die Rechte der Minderheiten werden geschützt“ (62 Prozent) werden in den Augen einer Mehrheit der Befragten in Deutschland umgesetzt. Nur jeder Zweite sieht das Kriterium „Gerichte, die jeden gleich behandeln“ als erfüllt an. Das Schlusslicht bildet das Kriterium „Regierungen bauen soziale Ungleichheit ab“, das 94 Prozent der Befragten für sehr wichtig oder eher wichtig für eine Demokratie erachten, aber nur 20 Prozent als umgesetzt ansehen (Abbildung 16).

Ich lese Ihnen nun einige Aspekte vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob diese Ihrer Meinung nach für eine Demokratie sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder sehr unwichtig sind. Und nun sagen Sie mir bitte, ob die genannten Aspekte in Deutschland voll umgesetzt, eher umgesetzt, eher nicht umgesetzt oder gar nicht umgesetzt sind.

	Sehr / Eher wichtig	Voll / Eher umgesetzt
Freie und faire Wahlen	98	87
Gerichte, die jeden gleich behandeln	98	50
Eine Opposition, die frei ist, die Regierung zu kritisieren	95	75
Regierungen bauen soziale Ungleichheit ab	94	20
Die Rechte der Minderheiten werden geschützt	94	62
Die Bürger haben die Möglichkeit über Volksbefragungen an politischen Entscheidungen mitzuwirken	92	30
Regierungen können bei Wahlen für eine schlechte Arbeit bestraft werden	89	40
Regierungen erklären den Bürgern was sie tun	87	27

Abbildung 16 – Erfüllte und unerfüllte Erwartungen an die Demokratie

Um eine Typisierung der Befragten vornehmen zu können, wurden die Antworten zusätzlich wie folgt ausgewertet: Jeder bekam pro Antwort Punkte: 3 („Voll umgesetzt“), 2 („Eher umgesetzt“), 1 („Eher nicht umgesetzt“) und 0 Punkte („Gar nicht umgesetzt“). 22 Prozent der Sachsen bekommen bei dieser Auswertung 8 Punkte und weniger – haben also *maximal* 1 Punkt pro Aussage erhalten. 33 Prozent der Sachsen bekommen hierbei zwischen 9 und 12 Punkten – haben also im Durchschnitt *maximal* 1,5 Punkte erhalten. 44 Prozent der Befragten erzielen mehr als 12 Punkte - haben demnach im Durchschnitt *mindestens* 1,5 Punkte pro Aussage erhalten. Auf diese Weise können drei Typen von Demokratiezufriedenheit gebildet werden (Abbildung 17):

Typ	Grad der Demokratie-zufriedenheit	Anteil an der Gesamtbevölkerung	Anzahl Punkte
Typ I	Niedrig	22	0 bis 8 Punkte
Typ II	Mittel	33	9 bis 12 Punkte
Typ III	Hoch	44	13 Punkte und mehr

Abbildung 17 – Typisierung Demokratiezufriedenheit

Es zeigt sich, dass der auf dieser Art bestimmte Grad der Demokratiezufriedenheit auch mit der Beantwortung der Frage nach der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland übereinstimmt. Befragte, die einen hohen Grad an Demokratiezufriedenheit (13 Punkte und mehr) aufweisen – also die meisten der oben genannten Kriterien in Deutschland als erfüllt betrachten – sind zu 84 Prozent mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland in der Praxis funktioniert, zufrieden. Von denjenigen, die einen niedrigen Grad an Demokratiezufriedenheit (0 bis 8 Punkte) aufweisen, sind nur 25 Prozent mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, zufrieden. Demnach ist dieser Ansatz geeignet, die Frage, warum manche Menschen mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufriedener sind als andere, zu beantworten.

2.3.3 Vertrauen in die Institutionen der Demokratie

Ein weiterer entscheidender Indikator für die Stabilität und die Akzeptanz des demokratischen Regierungssystems ist das Vertrauen, das die Bürgerinnen und Bürger den Institutionen ihrer Demokratie entgegenbringen. Die diesjährigen Ergebnisse des **Sachsen-Monitors** legen – ebenso wie die des letzten Jahres – nahe, dass die gemessene Skepsis gegenüber der Funktionsweise der Demokratie auf einem geringen Vertrauen in eben diese Institutionen – vor allem den Parlamenten, Regierungen und Parteien – basiert.

Wie bereits im **Sachsen-Monitor** 2016 bestätigt sich in der diesjährigen Erhebung folgende Erkenntnis: Je weiter entfernt Parlamente und Regierungen vom lokalen Umfeld sind, desto geringer ist das Vertrauen der Sachsen in sie. Am wenigsten vertrauen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Kommission (27 Prozent) und dem Europäischen Parlament (28 Prozent). Der Bundesregierung schenken 39 Prozent der Sachsen Vertrauen, dem Bundestag 40 Prozent. Dem Landtag (48 Prozent) und der Landesregierung (51 Prozent) vertraut jeweils rund die Hälfte der Sachsen. Eine Mehrheit der Sachsen bringt den Bürgermeister*innen (60 Prozent) und den kommunalen Parlamenten (60 Prozent) Vertrauen entgegen. Noch deutlich höher im Ansehen steht die Polizei (72 Prozent). Besonders schlecht schneiden die Parteien ab. Ihnen vertrauen nur 20 Prozent der Sachsen. Allerdings vertrauen 75 Prozent derjenigen, die langfristig einer bestimmten Partei nahestehen, dieser Partei. Insgesamt ist das Vertrauen der Befragten in die meisten Institutionen im Vergleich zum Vorjahr (zum Teil deutlich) angestiegen (Abbildung 18).

Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben: sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen? Wie ist das mit...



Abbildung 18 – Vertrauen in Institutionen

2.3.4 Einschätzung der Gerechtigkeit in Deutschland

Neben einer Bewertung von Funktionsweise der Demokratie und Akzeptanz der demokratischen Institutionen ist auch die Einschätzung, inwieweit es in Deutschland gerecht oder ungerecht zugeht, ein relevanter Indikator für die Stabilität und Akzeptanz des politischen Systems. 48 Prozent der Sachsen sind der Auffassung, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht zugeht und 47 Prozent sind der Meinung, es gehe eher ungerecht zu. Damit hat sich das allgemeine Gerechtigkeitsempfinden gegenüber dem Vorjahr kaum verändert (45 bzw. 48 Prozent).

Zum bundesweiten Vergleich: Im März 2017 waren 50 Prozent aller Deutschen – 51 Prozent der Westdeutschen und 42 Prozent der Ostdeutschen – der Meinung, es gehe in Deutschland alles in allem eher gerecht und 44 Prozent – 43 Prozent der Westdeutschen und 51 Prozent der Ostdeutschen – der Meinung, es gehe eher ungerecht zu.⁴

Die Beurteilung der Gerechtigkeit in Deutschland hängt stark vom Bildungshintergrund der Befragten ab. Es gilt: Je höher das formale Bildungsniveau, desto eher gehen die Befragten von gerechten Verhältnissen in der Bundesrepublik aus (Abbildung 19).

⁴ Infratest dimap (2017) im Auftrag der ARD: DeutschlandTREND März 2017. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Erhebungszeitraum: 6.-7.3.2017. Fallzahl: 1.002 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews, Dualframe (Festnetz/Mobilfunk: 70:30).

Finden Sie, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht oder ungerecht zugeht?

		Eher gerecht	Eher ungerecht	
Gesamt	(+3)	48	47	(-1)
Hauptschulabschluss/ohne Abschluss	(+3)	34	57	(-7)
Realschulabschluss	(+2)	43	53	(+5)
Abitur	(+13)	64	32	(-12)
Hochschulabschluss	(-2)	65	29	(+1)

Abbildung 19 – Einschätzung der Gerechtigkeit in Deutschland (nach formalem Bildungsniveau)

In Ergänzung der allgemeinen Bewertung der Gerechtigkeit in Deutschland wurden die Befragten im Rahmen des Sachsen-Monitors 2017 auch nach ihrem individuellen Gerechtigkeitsempfinden gefragt – also danach, ob sie im Vergleich zu anderen einen als gerecht empfundenen Anteil erhalten oder nicht. 42 Prozent der Befragten geben an, dass sie im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben, ihren gerechten Anteil erhalten. Sieben Prozent geben an, sie würden mehr als ihren gerechten Anteil erhalten. Annähernd jeder zweite Sachse ist der Meinung, er bekäme etwas weniger (37 Prozent) oder sehr viel weniger (11 Prozent) (Abbildung 20).

Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren...



Abbildung 20 – „Gerechter Anteil“

Zum Vergleich: Bei einer bundesweiten Befragung im Februar 2016 gaben 57 Prozent der Befragten an, dass sie im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben, ihren gerechten Anteil erhalten. Zehn Prozent gaben an, sie würden mehr als ihren gerechten Anteil erhalten und 28 Prozent meinten, sie bekämen weniger als ihren gerechten Anteil. In Ostdeutschland waren 40 Prozent und in Westdeutschland waren 25 Prozent dieser Meinung.⁵

In Sachsen fällt auf, dass Befragte mit einem Hauptschulabschluss (57 Prozent) oder Realschulabschluss (57 Prozent) häufiger der Meinung sind, sie bekämen weniger als ihren gerechten Anteil als Befragte mit Abitur (29 Prozent) oder Hochschulabschluss (21 Prozent). Zudem sind jüngere Befragte

⁵ Infratest dimap (2016) Unveröffentlichte Studie. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Erhebungszeitraum: 11.2. + 16.2. + 1.3.2016. Fallzahl: 1.413 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews, Dualframe (Festnetz/Mobilfunk: 70:30).

(42 Prozent) – zwischen 18 und 29 Jahren – und ältere Befragte (34 Prozent) – 70 Jahre und älter – seltener der Meinung, sie bekämen weniger als ihren gerechten Anteil als Befragte der Altersgruppen 30 bis 44 Jahre (53 Prozent), 45 bis 59 Jahre (54 Prozent) und 60 bis 69 Jahre (52 Prozent). Mit Blick auf die Berufstätigkeit der Befragten fällt auf, dass voll Berufstätige (48 Prozent) seltener meinen, sie bekämen weniger als ihren gerechten Anteil als teilweise Berufstätige (64 Prozent) und Arbeitslose (78 Prozent). Befragte, die sich selbst der Unterschicht (86 Prozent) oder der unteren Mittelschicht (61 Prozent) zuordnen, sind besonders häufig der Meinung, sie bekämen im Vergleich zu anderen weniger als ihren gerechten Anteil.

Weiterhin fällt auf, dass Bewohner des Bezirks Chemnitz (54 Prozent) häufiger der Meinung sind, sie bekämen weniger als ihren gerechten Anteil, als Bewohner der Bezirke Dresden (45 Prozent) und Leipzig (41 Prozent). Befragte, die in Orten mit weniger als 20.000 Einwohnern (56 Prozent) wohnen, meinen häufiger sie bekämen im Vergleich zu anderen weniger als ihren gerechten Anteil, als Befragte, die in Städten mit 20.000 bis 100.000 Einwohnern (44 Prozent) leben und Bewohner von Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern (39 Prozent).

An dieser Stelle treten weitere Zusammenhänge mit anderen Fragen zur (persönlichen) Einstellung zutage. Überdurchschnittlich häufig sind diejenigen Befragten der Meinung, sie bekämen im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben, weniger als ihren gerechten Anteil, die

- ihre eigene Zukunft eher pessimistisch sehen (69 Prozent),
- die Meinung vertreten, in Deutschland gehe es alles in allem eher ungerecht zu (70 Prozent),
- einen hohen Grad an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufweisen (73 Prozent).

2.3.5 Zufriedenheit mit dem Ministerpräsidenten und der Staatsregierung

Die Arbeit des Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich wird von einer Mehrheit der Sachsen ähnlich positiv bewertetet wie 2016. 60 Prozent (+2 Prozentpunkte) sind mit seiner politischen Arbeit sehr zufrieden oder eher zufrieden. 22 Prozent (-4 Prozentpunkte) sind eher unzufrieden oder sehr unzufrieden. Dies gilt auch für die Arbeit der gesamten Staatsregierung. 63 Prozent (+2 Prozentpunkte) sind sehr zufrieden oder eher zufrieden. 25 Prozent (-3 Prozentpunkte) sind eher unzufrieden oder sehr unzufrieden (Abbildung 21).

Wie zufrieden sind Sie mit der politischen Arbeit von Ministerpräsident Stanislaw Tillich? Sind Sie damit alles in allem...?

Wenn Sie einmal alles zusammen betrachten: Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Sächsischen Staatsregierung? Sind Sie damit alles in allem...?

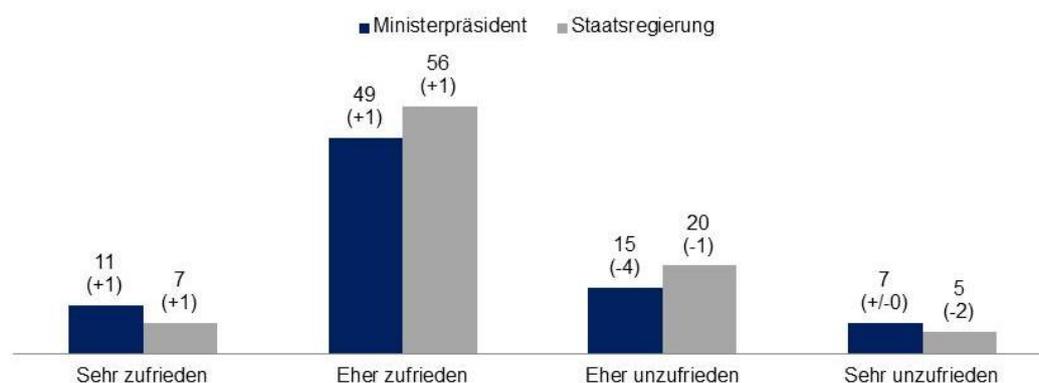


Abbildung 21 – Zufriedenheit mit dem Ministerpräsidenten/der Staatsregierung

2.4 Politisches Interesse und Partizipation

Bei der Landtagswahl 2014 betrug die Wahlbeteiligung 49,1 Prozent. Diese niedrige Wahlbeteiligung gibt Anlass, im Rahmen des **Sachsen-Monitors** das politische Interesse, die Selbsteinschätzung der politischen Kompetenz sowie die Meinungen zu politischer Partizipation der Sachsen zu erfragen. Gemeinsam mit den Erkenntnissen zu Stabilität und Akzeptanz der Demokratie in Sachsen (Kapitel 2.3) geben die Erkenntnisse dieses Kapitel Einblick in die politische Kultur des Freistaates.

2.4.1 Interesse an Politik

Die Zahl derjenigen, die sich für Politik interessieren und die Zahl der Desinteressierten halten sich ungefähr die Waage. Das Interesse an Politik im Allgemeinen (47 Prozent, -4 Prozentpunkte) ist praktisch genauso hoch wie das Interesse an Politik in Sachsen (46 Prozent, -1 Prozentpunkt). Die beiden Werte liegen auffällig nahe an der Wahlbeteiligung der letzten Landtagswahl, wobei hier keine gesicherten Rückschlüsse gezogen werden können. Es fällt auf, dass sich Ältere stärker für Politik – sowohl im Allgemeinen als auch in Sachsen – interessieren. Insgesamt hat das Interesse für Politik leicht abgenommen (Abbildung 22).

Wie stark interessieren Sie sich für Politik im Allgemeinen? Würden Sie sagen sehr stark, stark, wenig oder gar nicht?
Wie stark interessieren Sie sich für Politik im Freistaat Sachsen? Würden Sie sagen sehr stark, stark, wenig oder gar nicht?

	Politik im Allgemeinen (Sehr stark/stark)	Politik in Sachsen (Sehr stark/stark)
Gesamt	47 (-4)	46 (-1)
18-29 Jahre	45 (-3)	39 (+2)
30-44 Jahre	42 (+1)	39 (+3)
45-59 Jahre	49 (-4)	51 (-4)
60-69 Jahre	49 (-4)	47 (-8)
70 Jahre und älter	52 (-4)	51 (-2)

Abbildung 22 – Interesse an Politik (nach Alter)

Auch wenn das Interesse an Politik in Sachsen nicht sehr stark ausgeprägt ist, finden dennoch Gespräche über politische und gesellschaftliche Themen statt. Dabei zeigt sich ein deutliches Muster: Je privater der Gesprächskontext, desto häufiger wird über politische Themen diskutiert. Zwei Drittel der Befragten bestätigen das für den Freundes- und Bekanntenkreis (68 Prozent, -1 Prozentpunkt) bzw. für den Austausch mit Lebenspartnern und Familienangehörigen (63 Prozent, -3 Prozentpunkte). Arbeits- und Vereinsleben sind teils private, teils öffentliche Räume, wobei Vereine eher der Sphäre des öffentlichen Lebens zuzuordnen sind. 39 Prozent (+2 Prozentpunkt) der Befragten sprechen häufig oder manchmal mit Arbeitskollegen über politische Themen und 23 Prozent (+/-0 Prozentpunkte) im Hobby- oder Sportverein. Am anderen Ende der Skala stehen zum einen Facebook und soziale Netzwerke (7 Prozent, -3 Prozentpunkte), zum anderen öffentliche politische Veranstal-

tungen (11 Prozent, +1 Prozentpunkt) (Abbildung 23). Mit 31 Prozent (-4 Prozentpunkte) auffällig hoch bleibt die Zahl der Befragten, die im Hinblick auf politischen Gedanken- und Meinungsaustausch in sozialen Netzwerken sagen, das treffe auf sie nicht zu. Die Begründung hierfür bleibt an dieser Stelle offen. Anzunehmen ist, dass diese Befragten nicht in sozialen Netzwerken aktiv sind.

Wenn Sie einmal an politische und gesellschaftliche Themen denken, wie häufig haben Sie sich in letzter Zeit mit den folgenden Gruppen über solche Themen unterhalten. Häufig, manchmal, selten oder nie? Wenn eine Gruppe für Sie nicht passt sagen Sie es bitte.

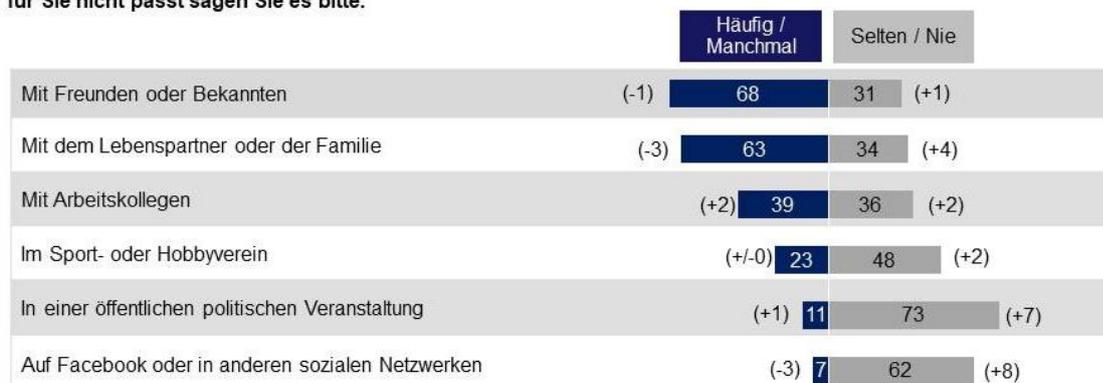


Abbildung 23 – Gespräche über politische und gesellschaftliche Themen

Fast zwei Drittel (62 Prozent, -3 Prozentpunkte) der Befragten erklären, sie empfänden keine dauerhafte Neigung zu einer bestimmten Partei. Ein gutes Drittel (34 Prozent) der Befragten bejaht eine solche Bindung. Insgesamt neigen 14 Prozent (+3 Prozentpunkte) der CDU, 6 Prozent (+/-0 Prozentpunkte) der Linken, 5 Prozent (+/-0 Prozentpunkte) der SPD, 6 Prozent (+3 Prozentpunkte) der AfD, je 1 Prozent (-1 Prozentpunkt) den Grünen und der FDP sowie jeweils 0 Prozent (-1 Prozentpunkt) der NPD und anderen Parteien zu. Hierbei handelt es sich, das ist hervorzuheben, um eine emotionale, langfristige Bindung an eine Partei, nicht etwa um eine Wahlabsicht. Im Bezirk Leipzig ist die Neigung zu einer bestimmten Partei mit 37 Prozent (-6 Prozentpunkte) am stärksten, im Bezirk Chemnitz mit 32 Prozent (+8 Prozentpunkte) am schwächsten ausgeprägt; der Abstand zwischen den Extremwerten ist gegenüber 2016 jedoch deutlich geringer geworden (2016: 19 Prozentpunkte; 2017: 5 Prozentpunkte).

2.4.2 Politische Partizipation

Die niedrige Wahlbeteiligung und das nicht sehr stark ausgeprägte Interesse an Politik in Sachsen (46 Prozent, -1 Prozentpunkt) geben Anstoß, der Frage nachzugehen, wie hoch die Sachsen ihre politische Kompetenz und ihren politischen Einfluss einschätzen. Gut zwei Drittel der Befragten (68 Prozent, -3 Prozentpunkte) trauen sich selbst zu, wichtige politische Fragen gut verstehen und einschätzen zu können; ein genauso hoher Anteil (68 Prozent) glaubt jedoch auch, „Leute wie ich“ hätten „so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“. Noch mehr Befragte (72 Prozent, -5 Prozentpunkte) meinen, die meisten Politiker seien nur an den Stimmen der Wähler, nicht an deren Ansichten interessiert. Der Befund ist eindeutig: Das generelle „Image“ von Politikern ist sehr schlecht, das Vertrauen in Redlichkeit, Volkszugewandtheit und Gemeinwohlorientierung der politischen Akteure sehr gering. Mit 75 Prozent (-4 Prozentpunkte) ist der Anteil derjenigen Befragten, die der Ansicht widersprechen, die meisten Politiker kümmerten sich darum, „was einfache Leute denken“, am größten. Es überrascht daher nicht, dass dieses ausgeprägte Misstrauen gegenüber den politischen Akteuren das Demokratievertrauen unterminiert: Über zwei Drittel (68 Prozent, +3 Prozentpunkte) sind

der Ansicht, sie lebten nicht in einer „echten“ Demokratie, „weil die Wirtschaft und nicht die Parlamente das Sagen hat“ (Abbildung 24).

Sagen Sie mir bitte jeweils ob Sie persönlich den folgenden Aussagen voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.

		Stimme voll / eher zu	Stimme eher / gar nicht zu	
Die meisten Politiker wollen nur die Stimmen der Wähler, die Ansichten der Wähler interessieren sie nicht.	(-5)	72	24	(+3)
Wir haben keine echte Demokratie, weil die Wirtschaft und nicht die Parlamente das Sagen hat.	(+3)	68	24	(-4)
Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	(-3)	68	30	(+2)
Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.	(-3)	68	29	(+1)
Die meisten Politiker kümmern sich um das Gemeinwohl.	(+6)	33	62	(-9)
Die meisten Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.	(+7)	28	68	(-7)
Die meisten Politiker kümmern sich darum, was einfache Leute denken.	(+2)	21	75	(-4)

Abbildung 24 – Aussagen über Politik und Politiker

Auf die Frage, wie Bürgerinnen und Bürger in einer für sie wichtigen Angelegenheit politischen Einfluss nehmen können, nennen 69 Prozent (-1 Prozentpunkt) der Befragten die Teilnahme an der Wahl zu einem Parlament: 49 Prozent (+/-0 Prozentpunkte) haben von dieser Möglichkeit bereits Gebrauch gemacht, 20 Prozent (-1 Prozentpunkt) würden es tun. Hier ist allerdings zu beachten, dass die Frage sich explizit auf die politische Einflussnahme in einer konkreten Sache bezieht – nicht auf die Bedeutung allgemeiner Motive für eine Wahlbeteiligung.

Mit 79 Prozent (-4 Prozentpunkte) wird die Teilnahme an einer Unterschriftenaktion noch häufiger in Betracht gezogen als eine Wahlbeteiligung – doch ist hier die Zahl derjenigen, die bei einer solchen Aktion tatsächlich schon mitgemacht haben, mit 39 Prozent deutlich geringer als bei Wahlen. Ähnliches lässt sich im Hinblick auf die Teilnahme an einem Volks- oder Bürgerentscheid feststellen: Dieses Instrument steht mit 73 Prozent (trotz des erheblichen Rückgangs von -8 Prozentpunkten) ebenfalls in hoher Gunst, doch sagen nur 16 Prozent (-1 Prozentpunkt) der Befragten, sie hätten schon einmal bei einem solchen Entscheid mitgestimmt.

Die übrigen Instrumente politischer Einflussnahme liegen deutlich hinter den erstplatzierten (Unterschriftenaktion, Volks- oder Bürgerentscheid, Parlamentswahl) zurück. Gemeinsam ist den drei erstplatzierten Instrumenten, dass sie keine eigene Initiative voraussetzen, sondern durch Angebote oder Aufforderungen zum Mitmachen aktiviert werden. Dagegen müssen Bürgerinnen und Bürger selbst den ersten Schritt tun und/oder eigene Zeit und Energie einsetzen, wenn sie zu einer Demonstration gehen, sich an einen Politiker wenden, in einer Bürgerinitiative mitwirken, an Debatten in sozialen Netzwerken teilnehmen, sich in einer Partei engagieren oder sich um ein Amt bzw. Mandat bewerben.

Bei der Teilnahme an einer Demonstration zeigt sich nach wie vor eine gewisse Polarisierung: Einerseits sagen vergleichsweise viele Befragte (26 Prozent, +1 Prozentpunkt), sie hätten von dieser Möglichkeit bereits Gebrauch gemacht; andererseits erklären 45 Prozent (+3 Prozentpunkte), sie würden nicht demonstrieren gehen. Konfliktive Mittel der Einflussnahme wie die Blockade von Demonstrati-

onen oder die Option, notfalls auch Gewalt anzuwenden, werden von 84 Prozent (+/-0 Prozentpunkte) bzw. 91 Prozent (+2 Prozentpunkte) der Befragten abgelehnt (Abbildung 25).

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?

		Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	
An einer Unterschriftensammlung teilnehmen	(+/-0) (-4)	39	40	19	(+4)
An einer Volksentscheid oder einem Bürgerentscheid teilnehmen	(-1) (-7)	16	57	24	(+6)
An einer Wahl zu einem Parlament teilnehmen	(+/-0) (-1)	49	20	29	(+1)
An einer Demonstration teilnehmen	(+1) (-3)	26	27	45	(+3)
Sich an einen Politiker wenden	(-1) (-1)	13	38	46	(+3)
In einer Bürgerinitiative oder in einem politisch wirkenden Verband oder Verein mitarbeiten	(-1) (-3)	10	30	58	(+5)
In einer politischen Partei mitarbeiten	(+/-0) (+/-0)	6	15	77	(+/-0)
Sich für ein Amt oder Mandat, zum Beispiel in Ihrer Gemeinde bewerben	(+/-0) (-1)	5	13	80	(+1)
Politische Meinungsäußerungen im Internet einstellen, bewerten oder teilen	(-2) (-2)	6	11	79	(+4)
Eine Demonstration blockieren	(+1) (-1)	4	9	84	(+/-0)
Für die eigenen Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist	(+/-0) (-2)	6	8	91	(+2)

Abbildung 25 – Möglichkeiten politischen Einflusses

Schlüsselt man die Antworten auf die Frage nach der Partizipationsbereitschaft im politischen Raum nach soziodemographischen Merkmalen auf, lässt sich generell feststellen, dass die Bereitschaft zum politischen Engagement mit dem Niveau des Bildungsabschlusses, des Einkommens und der eigenen Schichtzuordnung steigt. Bei Befragten, die nicht berufstätig oder vorübergehend arbeitslos sind; die allein erziehen; die glauben, es gehe in Deutschland eher ungerecht zu; und/oder die eher pessimistisch eingestellt sind, ist die Neigung zu politischer Abstinenz und Passivität stärker ausgeprägt als bei den Vergleichsgruppen. Das Gefühl der Exklusion, so könnte man daraus schließen, ist bei vielen kein Ansporn zur aktiven Veränderung des eigenen Status quo, sondern eher ein Grund zur Resignation.

Regional fällt erneut auf, dass bei Befragten im Bezirk Leipzig die Bereitschaft zu politischer Initiative und politischem Engagement zum Teil stärker ausgeprägt ist als in den Bezirken Chemnitz und Dresden. Allerdings hat auch hier der Abstand zwischen den Extremwerten gegenüber 2016 abgenommen. Zwei Beispiele: Eigene Mitarbeit in einer Bürgerinitiative oder einem politisch wirkenden Verband oder Verein wird von 49 Prozent (+8 Prozentpunkte) der Leipziger Befragten ausgeschlossen, in Dresden dagegen von 59 Prozent (+6 Prozentpunkte), in Chemnitz von 63 Prozent (+1 Prozentpunkt). 42 Prozent (+12 Prozentpunkte) der Leipziger Befragten würden sich nicht an einen Politiker wenden, während in Dresden bzw. Chemnitz 48 Prozent (+1 Prozentpunkt) bzw. 47 Prozent (-2 Prozentpunkte) dies ausschließen.

Verheiratete mit Kindern zeigen in mehreren Bereichen eine größere Bereitschaft zu politischer Aktivität als die Angehörigen von Vergleichsgruppen (Singles ohne Kinder, Alleinerziehende, Verheiratete ohne Kinder, Ledige mit Partner[in] oder Verwitwete bzw. Geschiedene). Umso mehr fällt auf, dass 72 Prozent (-3 Prozentpunkte) von ihnen erklären, sie schlossen es aus, sich um ein Amt oder Man-

dat, zum Beispiel in der eigenen Gemeinde, zu bewerben; 77 Prozent (-1 Prozentpunkte) würden nicht in einer politischen Partei mitarbeiten. Dieser Befund ließe sich dadurch erklären, dass institutionalisierte Formen politischer Teilhabe und Mitwirkung für Ehepaare mit Kindern aus praktischen Gründen wenig attraktiv sind; für Alleinerziehende gilt dies in noch stärkerem Maße. Im Vergleich zu 2016 hat diese Zurückhaltung allerdings leicht abgenommen.

2.4.3 Gründe für politische Nichtbeteiligung

66 Prozent (+4 Prozentpunkte) der Befragten erklären, sie hätten schon einmal von der Möglichkeit zur Bürgerbeteiligung bei Bauvorhaben Gebrauch gemacht (24 Prozent, +2 Prozentpunkte) oder würden das tun (42 Prozent, +2 Prozentpunkte). Dieser Wert liegt zwischen den Werten für die Teilnahme an einer Wahl (69 Prozent, -1 Prozentpunkt) bzw. an einer Demonstration (53 Prozent, -2 Prozentpunkte). Die Aufschlüsselung nach soziodemographischen Merkmalen ergibt im Wesentlichen das gleiche Bild von der Neigung einzelner Bevölkerungsgruppen zu größerer oder geringerer Aktivität wie bei den oben angesprochenen Formen des Bürgerengagements.

Befragte, die persönlich auf eine Bürgerbeteiligung bei Bauvorhaben verzichten würden, geben am häufigsten an, ihre Stimme hätte „doch ohnehin nichts zu sagen“ (69 Prozent, +7 Prozentpunkte). Mit 32 Prozent (-1 Prozentpunkt) spielt das Argument, man habe zu wenig Zeit für ein politisches Engagement, die geringste Rolle. Bemerkenswert ist, dass die Begründung „Ich habe kein Interesse an Politik“ mittlerweile von 57 Prozent (+19 Prozentpunkte) genannt wird; 41 Prozent (-17 Prozentpunkte) verneinen ein politisches Desinteresse. Die Veränderungen gegenüber 2016 sind besonders auffällig. Als Ursache politischer Passivität haben sowohl allgemeine Frustration („doch ohnehin nichts zu sagen“) als auch Desinteresse spürbar zugenommen (Abbildung 26).

Während die Zahl derjenigen, die mit „Weiß nicht“ bzw. gar nicht antworten, zwischen 4 Prozent und 11 Prozent schwankt, schnellt sie bei der zweitplatzierten Antwort („Bürgerbeteiligung wird überall zu sehr erschwert“) auf bemerkenswerte 26 Prozent (+6 Prozentpunkte) hoch. Hier ist also der Anteil derjenigen, die sich (wohl mangels genauer Kenntnis) kein kategorisches Urteil zutrauen, relativ hoch.

Und warum würden Sie sich nicht beteiligen? Sagen Sie mir bitte jeweils, welche der folgenden Gründe auf sie zutreffen und welche nicht.



Abbildung 26 – Gründe für Nichtbeteiligung I

41 Prozent der Befragten erklären, sie hätten schon einmal an einer Diskussion über ein Gesetzesvorhaben der Regierung im Internet teilgenommen (5 Prozent, +/-0 Prozentpunkte) oder würden das tun (36 Prozent, +/-0 Prozentpunkte). Es sind vor allem Personen unter 60 Jahren, die sich vorstellen können, online über Gesetzesinitiativen zu diskutieren: 37 Prozent (-3 Prozentpunkte) der 45- bis 59-Jährigen, 36 Prozent (-13 Prozentpunkte) der 30- bis 44-Jährigen und 55 Prozent (+8 Prozentpunkte) der 18- bis 29-Jährigen; der sprunghafte Anstieg des Interesses bei den 18- bis 29-Jährigen fällt ebenso ins Auge wie der sprunghafte Rückgang bei den 30- bis 44-Jährigen.

Befragte, die sich an einer solchen Diskussion nicht beteiligen würden, geben am häufigsten an, es sei Aufgabe der Politiker und nicht der Bürger, politische Entscheidungen zu treffen (59 Prozent, +5 Prozentpunkte). 48 Prozent (-1 Prozentpunkt) sagen, die Verantwortung dabei sei ihnen zu hoch und 51 Prozent (+4 Prozentpunkte) von ihnen erklären, sie könnten es nicht ertragen, in sozialen Netzwerken und in der Öffentlichkeit angefeindet zu werden (Abbildung 27).

Und warum würden Sie sich nicht beteiligen? Sagen Sie mir bitte jeweils, welche der folgenden Gründe auf sie zutreffen und welche nicht.



Abbildung 27 – Gründe für Nichtbeteiligung II

2.4.4 Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie

Der Wunsch nach mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Prozessen fällt deutlich höher aus als die tatsächliche Bereitschaft zur Beteiligung. Während 24 Prozent (+2 Prozentpunkte) der Befragten erklären, sie hätten schon einmal von der Möglichkeit zur Bürgerbeteiligung bei Bauvorhaben Gebrauch gemacht und 5 Prozent (+/-0 Prozentpunkte) sagen, sie hätten schon einmal an einer Diskussion über ein Gesetzesvorhaben der Regierung im Internet teilgenommen, wünschen sich 73 Prozent (+/-0 Prozentpunkte) der Sachsen mehr Beteiligung vor Ort in ihrer Stadt oder Gemeinde. 65 Prozent (+/-0 Prozentpunkte) der Sachsen wünschen sich mehr Beteiligung auf Landesebene (Abbildung 28).

Auf welcher politischen Ebene wünschen Sie sich ganz persönlich mehr Bürgerbeteiligung und auf welcher Ebene wünschen Sie sich das nicht?

	Wünsche mir mehr Beteiligung	Wünsche mir nicht mehr Beteiligung
Vor Ort in meiner Stadt oder Gemeinde	(+/-0) 73	20 (+/-0)
Im Landkreis	(+3) 65	22 (-3)
Im Freistaat Sachsen	(+/-0) 65	25 (+1)
In Deutschland	(-1) 63	28 (+1)
In der Europäischen Union	(-1) 50	37 (+1)

Abbildung 28 – Wunsch nach Bürgerbeteiligung

Zu den Forderungen nach mehr direkter Demokratie haben die Befragten eine geteilte Meinung. Einerseits sagen viele, nur direkte Demokratie sei wahre Demokratie (52 Prozent, -7 Prozentpunkte) und 81 Prozent (+/-0 Prozentpunkte) glauben, mehr Einflussnahme der Bürger durch Volksabstimmungen würde das Interesse vieler Menschen an Politik erhöhen. Zudem sagen 71 Prozent (+1 Prozentpunkt), Politiker würden sich dann stärker an dem Volkswillen ausrichten. Andererseits glauben 60 Prozent (+4 Prozentpunkte) der Befragten, direkte Demokratie könne durch Demagogen missbraucht werden und 35 Prozent (-3 Prozentpunkte) vertreten die Meinung, wenn häufig Volksabstimmungen stattfänden, würde das zu Unregierbarkeit führen (Abbildung 29).

Es gibt Forderungen nach mehr direkter Demokratie. Das heißt, dass die Bürger über einzelne politische Fragen direkt abstimmen können. Ich lese Ihnen nun einige Aussagen zur Direkten Demokratie vor, zu denen es unterschiedliche Meinungen gibt. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen, oder gar nicht zustimmen.

	Stimme voll / eher zu	Stimme eher / gar nicht zu
Mehr Einflussnahme der Bürger durch Volksabstimmungen würde das Interesse vieler Menschen an Politik erhöhen	(+/-0) 81	13 (-3)
Politiker würden sich stärker an dem Volkswillen ausrichten	(+1) 71	21 (-1)
Direkte Demokratie kann durch Demagogen missbraucht werden	(+4) 60	21 (-6)
Direkte Demokratie erhöht die Macht der Medien	(+4) 56	28 (-5)
Nur direkte Demokratie ist wahre Demokratie	(-7) 52	35 (+3)
Wenn häufig Volksabstimmungen stattfänden, würde das zu Unregierbarkeit führen	(-3) 35	53 (+3)

Abbildung 29 – Aussagen zu direkter Demokratie

2.5 Ressentiments und demokratiegefährdende Einstellungen

2.5.1 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen

Einen Forschungsschwerpunkt des **Sachsen-Monitors** bildet die Messung menschenfeindlicher Einstellungen und Ressentiments im Freistaat Sachsen in Anlehnung an das etablierte Forschungskon-

zept der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“⁶. Darunter wird eine Feindseligkeit gegenüber „Personen aufgrund ihrer gewählten oder zugewiesenen Gruppenzugehörigkeit“⁷ verstanden.

In dem für den **Sachsen-Monitor** angepassten multidimensionalen Konzept von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wurden zwölf Elemente berücksichtigt. Diesen Elementen wurden jeweils ein oder zwei – insgesamt sechzehn – Aussagen zugeordnet. Die Befragten wurden gebeten, den Grad ihrer Zustimmung oder Ablehnung zu der jeweiligen Aussage mit Hilfe einer vierstufigen Antwortskala – stimme voll zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme gar nicht zu – anzugeben. Im Vergleich zu 2016 ist die Zustimmung zu den meisten Aussagen leicht zurückgegangen (Abbildung 30).

Aussagen (Indikatoren gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit)	Zustimmung (Stimme eher / voll zu)
Fremdenfeindlichkeit	
Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	56 (-2)
Meine persönliche Wohnumgebung ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	15 (-2)
Nationalismus	
Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.	62 (+9)
Etabliertenvorrechte	
Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.	33 (-3)
Rassismus	
Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.	15 (-3)
Sozialdarwinismus	
Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	8 (-1)
Es gibt wertvolles und <i>unwertes</i> menschliches Leben ⁸ .	9 (+/-0)
Antisemitismus	
Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	10 (-3)
Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.	16 (-9)
Homophobie	
Eine sexuelle Beziehung zwischen Personen desselben Geschlechts ist unnatürlich.	36 (+4)
Sexismus	

⁶ Vgl.: Heitmeyer, Wilhelm (2005): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus 2002, 2003 und 2004. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 3, Suhrkamp Verlag Frankfurt. S. 13-34.

⁷ Ebd.

⁸ Anmerkung: Im **Sachsen-Monitor** 2016 lautete die Aussage „Es gibt wertvolles und weniger wertvolles menschliches Leben“.

Die Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.	12 (-4)
Behindertenfeindlichkeit	
Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.	4 (-3)
Abwertung von Langzeitarbeitslosen	
Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben.	43 (-3)
Islamophobie	
Die meisten hier lebenden Muslime akzeptieren nicht unsere Werte.	62 (-7)
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	38 (-1)
Sinti- und Roma-Feindlichkeit	
Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten.	49 (-5)
Angaben in Prozent	

Abbildung 30 – Indikatoren gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Eine „gefährliche Überfremdung“ der Bundesrepublik durch „zu viele Ausländer“ sehen 56 Prozent der Befragten. Bei den älteren Menschen ist diese Sichtweise wesentlich deutlicher ausgeprägt (64 Prozent bei den über 70-Jährigen) als in der jungen Generation (32 Prozent bei den 18- bis 29-Jährigen). Auch das formale Bildungsniveau ist von Bedeutung. So stimmen dieser Aussage 75 Prozent der Befragten mit Hauptschulabschluss zu, während es bei den Hochschulabsolventen lediglich 30 Prozent sind.

Nach dem persönlichen Wohnumfeld gefragt, sehen demgegenüber 15 Prozent eine „gefährliche Überfremdung“ durch „viele Ausländer“. Das Bildungsniveau zeigt hier erneut eine Diskrepanz. Lediglich sechs Prozent der Hochschulabsolventen stimmen dem zu, bei den Hauptschulabsolventen sind es 24 Prozent. Von den Personen, die sich selbst der Unterschicht zuordnen, halten 37 Prozent ihr persönliches Wohnumfeld für „gefährlich überfremdet“.

Deutliche gewachsene Zustimmung (+9 Prozentpunkte) findet die Aussage, dass „unser Land heute ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland braucht“. Vor allem die Befragten ab 70 Jahren teilen diese Auffassung (68 Prozent), während die jungen Befragten (18- bis 29-Jährige) dem weniger zustimmen (49 Prozent). Auch in dieser Frage ist das formale Bildungsniveau vielfach ausschlaggebend für die Einschätzung; 73 Prozent der Befragten mit Hauptschulabschluss stimmen dem zu, bei den Hochschulabsolventen sind es 41 Prozent. Auch zeigt sich hier im Bezirk Chemnitz eine größere Zustimmung (68 Prozent) als in den Bezirken Leipzig (58 Prozent) und Dresden (57 Prozent). Da die Erhebung in einem Zeitraum stattfand, in dem die politische Auseinandersetzung zwischen dem türkischen Staatspräsidenten Erdoğan und der Bundesregierung eskalierte, könnten für die gewachsene Zustimmung zu dieser Aussage auch aktuelle Erwägungen der Befragten maßgeblich gewesen sein. Dazu passt auch, dass sich Anfang September 2017 88 Prozent

der Deutschen dafür aussprachen, dass die Bundesregierung der Türkei entschiedener entgegenzutreten sollte.⁹

Die Auffassung, Alteingesessene sollten mehr Rechte als später Zugezogene haben, vertreten 33 Prozent der Sachsen. Befragte mit Hauptschulabschluss identifizieren sich mit 37 Prozent deutlicher mit dieser Meinung als Befragte mit Hochschulabschluss (22 Prozent), wobei dies im Bezirk Leipzig mit 38 Prozent deutlicher zutage tritt als in den Bezirken Dresden (28 Prozent) und Chemnitz (34 Prozent).

Die Auffassung, „eigentlich sind die Deutschen anderen Völker von Natur aus überlegen“, ist wenig verbreitet (15 Prozent), wobei von den Hochschulabsolventen sieben Prozent diese Meinung vertreten, bei den Befragten mit Hauptschulabschluss ist der Prozentsatz mehr als doppelt so hoch (16 Prozent).

Der Aussage, „Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind“, stimmen 16 Prozent aller Sachsen zu. Die Zustimmung zu dieser Aussage ist im Vergleich zum Vorjahr am stärksten zurückgegangen (-9 Prozentpunkte). Neben Personen, die ihre eigene Zukunft pessimistisch sehen (22 Prozent) und denjenigen, die der Meinung sind, in Deutschland gehe es ungerecht zu (21 Prozent), stimmen dieser Aussage 25 Prozent der Befragten mit Hauptschulabschluss zu.

Die Aussage, „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“, befürworten 38 Prozent der Sachsen zu. Der Aussage stimmen Arbeiter (55 Prozent), Hauptschüler (52 Prozent), Personen die sich selbst der Unterschicht zuordnen (51 Prozent) überdurchschnittlich häufig zu.

Um eine Typisierung der Befragten vornehmen zu können, wurden deren Antworten zusätzlich wie folgt ausgewertet: Die Befragten bekamen pro Antwort Punkte: 3 („Stimme voll zu“), 2 („Stimme eher zu“), 1 („Stimme eher nicht zu“) und 0 Punkte („Stimme gar nicht zu“). 60 Prozent der Sachsen bekommen bei dieser Auswertung 16 Punkte und weniger – haben also *maximal* 1 Punkt („Stimme eher nicht zu“) pro Aussage erhalten. 29 Prozent der Sachsen bekommen hierbei zwischen 17 und 24 Punkten – haben also im Durchschnitt *maximal* 1,5 Punkte erhalten. 11 Prozent der Befragten erzielen mehr als 24 Punkte - haben demnach im Durchschnitt *mindestens* 1,5 Punkte pro Aussage erhalten. Auf diese Weise können drei Typen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gebildet werden. Der Anteil derjenigen, die einigen niedrigen Grad an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufweisen, ist im Vergleich zum Vorjahr um sechs Prozentpunkte angestiegen. Der Anteil derjenigen, die einen mittleren oder hohen Grad an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufweisen, ist leicht zurückgegangen (Abbildung 31).

⁹ Infratest dimap (2017) im Auftrag der ARD: DeutschlandTREND September 2017. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Erhebungszeitraum: 4.-5.9.2017. Fallzahl: 1.003 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews, Dualframe (Festnetz/Mobilfunk: 70:30).

Typ	Grad der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit	Anteil an der Gesamtbevölkerung	Anzahl Punkte
Typ I	Niedrig	60 (+5)	0 bis 16 Punkte
Typ II	Mittel	29 (-1)	17 bis 24 Punkte
Typ III	Hoch	11 (-3)	25 Punkte und mehr

Abbildung 31 – Typisierung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Auf diese Weise lassen sich verallgemeinerbare Aussagen über die Personengruppe treffen, die den Aussagen zur Messung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit besonders häufig zugestimmt hat – demnach also einen hohen Grad an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufweist.

Es stechen die folgenden Meinungen und Einstellungen hervor: 40 Prozent der Personen mit einem hohen Grad an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – gegenüber 22 Prozent aller Befragten – sehen ihre eigene Zukunft eher pessimistisch. 70 Prozent von ihnen – gegenüber 44 Prozent aller Befragten – sind der Meinung, die Ostdeutschen seien in Deutschland Bürger zweiter Klasse. Während 47 Prozent aller Befragten der Meinung sind, in Deutschland habe man heutzutage eher gute oder sehr gute Chancen, sozial aufzusteigen, sehen das 33 Prozent der Personen mit einem hohen Grad an gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auch so. Während bei der offenen Frage nach dem gegenwärtig wichtigsten Problem in Sachsen 17 Prozent aller Befragten Aspekte nannten, die dem Themenkomplex „Asylpolitik/zu viele Ausländer/Überfremdung“ zugeordnet werden, fielen 39 Prozent der Nennungen der Befragten mit einem hohen Grad an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in diesen Bereich. Mit Blick auf die persönlichen Lebensumstände fällt auf, dass sie mit den einzelnen Aspekten dieser Lebensumstände annähernd genauso zufrieden sind wie der Durchschnitt der Befragten. Mit ihrer finanziellen Situation (55 zu 67 Prozent) und der Sicherheit auf Plätzen und Straßen in Ihrer Umgebung (57 zu 72 Prozent) sind sie zwar weniger zufrieden als der Durchschnitt, aber immer noch mehrheitlich zufrieden.

2.5.2 Demokratiegefährdende Einstellungen und Schutz der Demokratie

Ein Ziel des **Sachsen-Monitors** ist es, besondere Gefährdungsmomente der Demokratie innerhalb der sächsischen Bevölkerung aufzudecken. Dazu wurden die Befragten nach ihrer Meinung zu diversen politischen und demokratietheoretischen Aussagen gefragt.

Der Schutz der Minderheit und der Opposition innerhalb eines demokratischen Systems finden bei den Sachsen eine breite Unterstützung. 95 Prozent stimmen der Aussage, jeder sollte das Recht haben für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist, zu. Und der Aussage, eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar, stimmen 89 Prozent zu. Dabei geht kaum jemand soweit, Gewalt als Mittel zur Durchsetzung einer Minderheitsmeinung zu rechtfertigen. Die Auffassung, jeder Bürger hat das Recht, notfalls seine Überzeugungen mit Gewalt durchzusetzen, teilen fünf Prozent der Sachsen.

Die Ergebnisse des **Sachsen-Monitors** offenbaren in diesem Zusammenhang erneut deutliche Diskrepanzen und Unstimmigkeiten. Einerseits stehen nahezu alle Sachsen hinter dem Prinzip des Minderheitenschutzes. Sie fordern, jeder müsse frei seine Meinung äußern dürfen. Andererseits sind vier

von zehn Sachsen der Auffassung, Deutschland brauche eine *einzig*¹⁰ starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert. Mehr als zwei Drittel (68 Prozent) der Befragten vertreten die Meinung, in „diesen Zeiten“ brauche man unbedingt eine starke Hand. Gut drei Viertel sagen zudem, um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen. Insgesamt sind die Ergebnisse der diesjährigen Befragung vergleichbar mit denen des Vorjahres (Abbildung 32).

Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor, zu denen es unterschiedliche Meinungen gibt. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.

	Stimme voll / eher zu	Stimme eher / gar nicht zu
Jeder sollte das Recht haben für seine Meinung (+/-0) einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist	95	4 (-1)
Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische (+4) Opposition nicht denkbar	89	5 (-3)
Verbrechen sollten härter bestraft werden (+5)	87	8 (-7)
Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter (+10) gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen	79	16 (-12)
In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand (+6)	68	27 (-8)
Was Deutschland jetzt braucht ist eine <i>einzig</i> starke (-21) Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert	41	53 (+19)
Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen (+2) eine Diktatur die bessere Staatsform	13	81 (-2)
Jeder Bürger hat das Recht, notfalls seine Überzeugungen (-1) mit Gewalt durchzusetzen	5	92 (-1)

Abbildung 32 – Politische und demokratietheoretische Aussagen

Auch die Beurteilung der beiden Diktaturen – der NS- und der SED-Diktatur – gibt Aufschluss über die demokratische Kultur im Freistaat.

Wenig Zustimmung findet die Aussage, die Verbrechen des Nationalsozialismus würden in der Geschichtsschreibung übertrieben (14 Prozent; 2016: 18 Prozent). 36 Prozent (-8 Prozentpunkte) der Befragten sehen die DDR als Unrechtsstaat, 51 Prozent stimmen dem eher nicht oder gar nicht zu. Bei den 18- bis 29-Jährigen stimmen 33 Prozent zu und 37 Prozent stimmen nicht zu. Der Prozentsatz, derer, die in dieser Altersgruppe mit „weiß nicht“ geantwortet haben ist mit 24 Prozent überdurchschnittlich hoch. In der Gruppe der über 70-Jährigen stimmen 36 Prozent der Aussage zu, 61 Prozent stimmen nicht zu, während nur zwei Prozent mit „weiß nicht“ geantwortet haben.

Um die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Deutschland zu verteidigen und aktiv zu schützen steht eine Vielzahl an Möglichkeiten zur Verfügung. Am wichtigsten ist dabei nach Meinung der Sachsen die politische Bildungsarbeit in den Schulen (85 Prozent). Von den 18- bis 29-Jährigen halten diesen Aspekt 81 Prozent für sehr wichtig oder wichtig. Auf Platz zwei der Möglichkeiten zum Schutz der demokratischen Ordnung steht die Beobachtung von verdächtigen Gruppen und Personen durch den Verfassungsschutz (84 Prozent). Auf Platz drei folgt das Engagement von Bürgern in demokratischen Parteien (84 Prozent). Auf dem letzten Platz steht das Verbot von Demonstrationen. Diese Maßnahme halten 24 Prozent der Sachsen für sehr wichtig oder wichtig.

¹⁰ Anmerkung: Im **Sachsen-Monitor** 2016 lautete die Aussage „Was Deutschland jetzt braucht ist eine starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“. Das Wort „einzig“ wurde erst für die diesjährige Erhebung hinzugefügt.

Die Ergebnisse haben sich im Vergleich zur Vorjahresbefragung wenig verändert. Allerdings fällt auf, dass die jüngeren Befragten – zwischen 18 und 29 Jahren – die Maßnahmen deutlich stärker unterstützen als im Vorjahr (Abbildung 33).

In Deutschland gibt es viele Möglichkeiten aktiv die demokratische Ordnung in Deutschland zu schützen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie die folgenden Möglichkeiten für sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig halten.

	Gesamt Sehr wichtig/Wichtig	18 bis 29 Jahre Sehr wichtig/Wichtig
Politische Bildungsarbeit in den Schulen	85 (-1)	81 (+11)
Beobachtung von verdächtigen Gruppen und Personen durch den Verfassungsschutz	84 (+/-0)	76 (+12)
Engagement von Bürgern in demokratischen Parteien	84 (+4)	75 (+10)
Engagement von Bürgern in Vereinen, Kirchen und Gewerkschaften	81 (+2)	74 (+10)
Verbot verfassungswidriger Parteien durch das Bundesverfassungsgericht	79 (+7)	75 (+23)
Politische Bildungsarbeit für Erwachsene	72 (-5)	76 (+14)
Bürgerinitiativen vor Ort gegen extremistische Gruppen	71 (+5)	70 (+16)
Teilnahme an Demonstrationen gegen extremistische Gruppen	62 (+5)	66 (+14)
Verbot von Demonstrationen	24 (+/-0)	20 (+5)

Abbildung 33 – Wichtigkeit der Möglichkeiten, die demokratische Ordnung zu schützen (nach Alter)

2.6 Verhältnis Bürger und Staat und Kontakte zu Ausländern

2.6.1 Umgang der Behörden mit den Bürgern

Mehr als die Hälfte der Befragten (57 Prozent) ist der Meinung, die „kleinen Leute“ würden von den Behörden nicht korrekt über ihre Rechte informiert. Deutlich mehr als zwei Drittel sehen es für die „kleinen Leute“ als schwierig an, ihre Rechte gegenüber den Behörden durchzusetzen (70 Prozent).

Das Bild im persönlichen Umgang mit den Behörden zeigt allgemein eine positivere Bewertung. Weniger als die Hälfte der Befragten fühlt sich von den Behörden nicht korrekt über ihre Rechte informiert (44 Prozent) und für 35 Prozent ist es schwierig, die eigenen Rechte gegenüber Behörden durchzusetzen. Es wird deutlich, dass diese Einschätzung bei den Befragten mit Hauptschulabschluss stärker ausgeprägt ist (50 Prozent bzw. 45 Prozent) als bei den Befragten mit Hochschulabschluss (35 Prozent bzw. 19 Prozent).

Insgesamt sind die persönlichen Erfahrungen mit Behörden sehr viel positiver als die allgemeine Einschätzung es erwarten ließe. 64 Prozent der Befragten haben, alles in allem, persönlich gute Erfahrungen mit Behörden gemacht. Dabei sind die Erfahrungen der älteren Generationen besser als die der jungen. 75 Prozent der Befragten über 70 Jahren geben an, sie hätten gute Erfahrungen gemacht, bei den 18- bis 29-Jährigen sind es 57 Prozent (Abbildung 34).

Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor, zu denen es unterschiedliche Meinungen gibt. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.

	Stimme voll / eher zu	Stimme eher / gar nicht zu
Für die kleinen Leute ist es schwierig, ihre Rechte gegenüber den Behörden durchzusetzen.	70	24
Ich habe mit Behörden bisher alles in allem eher gute Erfahrungen gemacht.	64	30
Die kleinen Leute werden von den Behörden nicht korrekt über ihre Rechte informiert.	57	34
Ich habe das Gefühl, von den Behörden nicht korrekt über meine Rechte informiert zu werden.	44	48
Für mich persönlich ist es schwierig, meine Rechte gegenüber Behörden durchzusetzen.	35	54

Abbildung 34 – Einstellungen zu Behörden und persönliche Erfahrungen

Bei der Frage, was sie im Falle einer ungerechten Behandlung durch die Behörden für Maßnahmen ergreifen würden, zeigen die Sachsen, dass sie nicht so leicht klein begeben. Lediglich 18 Prozent geben an, sie würden nichts tun, weil sie glaubten, sie hätten ohnehin keine Chance gegen die Behörden. 21 Prozent würden sich an die Regierung wenden, jeweils 38 Prozent an die Medien oder eine einflussreiche Persönlichkeit. 55 Prozent der Befragten würden vor Gericht gehen und 81 Prozent würden sich an die zuständige Verwaltungsbehörde wenden.

2.6.2 Kontakte zu Ausländern

Betrachtet man die Emotionalität, mit der die Flüchtlings- und Ausländerdebatte in Deutschland geführt wird, gewinnt die Frage danach, ob und in welchen Bereichen bei den Menschen persönliche Kontakte zu Ausländern bestehen, immer größere Bedeutung. 20 Prozent der Befragten geben an, dass sie am Arbeitsplatz häufig und 17 Prozent dass sie manchmal mit Ausländern in Kontakt stehen. Während bei den Befragten mit Hauptschulabschluss und ohne Abschluss lediglich (häufig) 13 bzw. (manchmal) drei Prozent persönliche Kontakte zu Ausländern bekunden, sind es bei jenen mit Hochschulabschluss (häufig) 27 bzw. (manchmal) 14 Prozent. In der Nachbarschaft und im Freundeskreis geben 12 bzw. neun Prozent der Befragten an, häufig persönlichen Kontakt zu Ausländern zu haben, 18 bzw. 17 Prozent manchmal. In den Familien sind diese Kontakte eher selten zu finden, lediglich sechs Prozent geben häufig persönliche familiäre Kontakte mit Ausländern an, sieben Prozent manchmal (Abbildung 35).

Haben Sie persönlich in den folgenden Bereichen häufig, manchmal, selten oder nie Kontakte zu Ausländern?

	Häufig	Manchmal	Selten	Nie
Am Arbeitsplatz	20	17	10	43
In der Nachbarschaft	12	18	25	45
Im Freundeskreis	9	17	17	56
In der Familie	6	7	11	75

Abbildung 35 – Kontakt zu Ausländern

Insgesamt gesehen sind Kontakte zu Ausländern im städtischen Umfeld eher anzutreffen als in ländlicher geprägten Regionen. Es ist ebenfalls zu erkennen, dass persönliche Kontakte zu Ausländern tendenziell in der jungen Generation in höherem Maß vorhanden sind als in den älteren Generationen, ebenso wie Befragte mit Hochschulabschluss eher persönlich mit Ausländern in Kontakt kommen als jene mit Hauptschulabschluss und diejenigen ohne Abschluss.

2.7 Fazit

Der **Sachsen-Monitor** 2017 bestätigt die im Vorjahr gewonnenen Erkenntnisse über eine als ambivalent zu bezeichnende politische Stimmung und öffentliche Meinung im Freistaat Sachsen. Einerseits ist die öffentliche Meinung geprägt von einer starken Zuversicht hinsichtlich der eigenen Zukunft und einer großen Zufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Situation. Zudem sind nahezu alle Sachsen stolz auf das, was seit der Wiedervereinigung erreicht wurde. Andererseits machen sich viele Sachsen auch Sorgen. Die größten Sorgen beziehen sich allerdings nicht auf die individuelle Situation der Befragten, sondern auf die allgemeine Lage der Gesellschaft. Viele Sachsen sorgen sich um die Gegensätze zwischen Arm und Reich, den Zusammenhalt der Gesellschaft und um das Wohlergehen kommender Generationen.

Angesichts der positiven Bewertung der wirtschaftlichen Lage ist es erstaunlich, dass fast jeder zweite Sachse der Meinung ist, er bekomme verglichen mit dem, wie andere in Deutschland leben, weniger als einen von ihm als gerecht empfundenen Anteil.

Die politische Kultur in Sachsen ist auf der einen Seite geprägt von einer großen Zufriedenheit mit der Arbeit des Ministerpräsidenten und seiner Staatsregierung. Zudem ist eine Mehrheit der Sachsen mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland in der Praxis funktioniert, zufrieden. Eine Mehrheit sieht die Kriterien freie Wahlen, Kritikmöglichkeit der Regierung durch die Opposition und den Minderheitenschutz in Deutschland als gewährleistet an. Auf der anderen Seite ist die politische Kultur von geringem Vertrauen in die Institutionen des demokratischen Systems geprägt. Insbesondere den Parteien, Regierungen und Parlamenten – mit Ausnahme der kommunalen Institutionen – schenkt nur eine Minderheit ihr Vertrauen. Einen Hinweis auf mögliche Gründe für das geringe Vertrauen in demokratische Institutionen liefert die Befragung ebenfalls. Fast alle Sachsen halten es in einer Demokratie für wichtig, dass die Regierung soziale Ungleichheit abbaut und den Bürgern ihre politischen Vorhaben erklärt. Allerdings sieht jeweils nur eine Minderheit diese beiden Kriterien in Deutschland als erfüllt an.

Ressentiments gegen Personen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit – insbesondere gegen Ausländer und Muslime – sind nach wie vor in Teilen der sächsischen Bevölkerung verbreitet. Eine Mehrheit der Sachsen ist der Meinung, dass Deutschland aufgrund der hier lebenden Ausländer in einem gefährlichen Maß „überfremdet“ sei. Gleichzeitig gibt jeweils nur eine kleine Minderheit an, im privaten oder beruflichen Umfeld häufig oder manchmal Kontakt zu Ausländern zu haben. Die Mehrheit der Sachsen weist jedoch nur einen niedrigen Grad an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auf – stimmt also den überwiegenden Aussagen zur Messung von Ressentiments nicht zu.

Quellen und Literatur

Heitmeyer, Wilhelm (2005): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus 2002, 2003 und 2004. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 3, Suhrkamp Verlag Frankfurt. S. 13-34.

Infratest dimap (2016) Unveröffentlichte Studie. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Erhebungszeitraum: 11.2. + 16.2. + 1.3.2016. Fallzahl: 1.413 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews, Dualframe (Festnetz/Mobilfunk: 70:30).

dimap (2016) im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei: Sachsen-Monitor 2016. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung im Freistaat Sachsen. Erhebungszeitraum: 8.8.-4.9.2016. Fallzahl: 1.013 Befragte. Methode: Persönliche Interviews.

Infratest dimap (2016) im Auftrag des WDR: Glaubwürdigkeit der Medien. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Erhebungszeitraum: 14.-17.12.2016. Fallzahl: 1.000 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews, Dualframe (Festnetz/Mobilfunk: 70:30).

Infratest dimap (2017) im Auftrag der ARD: DeutschlandTREND März 2017. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Erhebungszeitraum: 6.-7.3.2017. Fallzahl: 1.002 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews, Dualframe (Festnetz/Mobilfunk: 70:30).

Infratest dimap (2017) im Auftrag der ARD: DeutschlandTREND Mai 2017. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Erhebungszeitraum: 8.-10.5.2017. Fallzahl: 1.000 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews, Dualframe (Festnetz/Mobilfunk: 70:30).

Infratest dimap (2017) im Auftrag der ARD: DeutschlandTREND September 2017. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Erhebungszeitraum: 4.-5.9.2017. Fallzahl: 1.003 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews, Dualframe (Festnetz/Mobilfunk: 70:30).